# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inſertionsgebühr für den Raum einer ſechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenſtraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Poſt-Anſtalten Beſtellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erſcheint.

Nr. 106. Mittag-Ausgabe. Zweiundſechszigſter Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Freitag, den 4. März 1881.


## Die Frage der Wahlbeeinfluſſung im Reichstage.

Die Freitag-Sitzung des Reichstages begann in der buntſcheckigen und doch etwas trockenen und ſchleppenden Weiſe, welche die Etatsberathungen für gewöhnlich charakteriſirt, und endete, was Niemand ſich hatte träumen laſſen, mit einem ſenſationellen Kampfe zwiſchen dem Reichskanzler und dem Abgeordneten Lasker, der das Haus in fieberhafte Aufregung verſetzte. — Eine Interpellation des Abgeordneten Berger (Witten), der die geſtern angeregte Frage über die Benachtheiligung, welche die kleineren ſüddeutſchen Eiſenbahnen von Seiten der großen preußiſchen Staatsbahnen erführen, weiter fortſetzte, verlief ohne weiteren Zwiſchenfall; erregter ſchon wurde die Stimmung und geſpannter die Situation, als Abgeordneter Sonnemann die Thätigkeit der Reichsbankverwaltung einer ausführlichen Kritik unterwarf, worauf deren Präſident von Dechend in ſcharfer, nervös gereizter Weiſe entgegnete. Dr. Bamberger ſuchte die Gegenſätze zu vermitteln; mit kühler, abwägender Objectivität prüfte er die ſtreitigen Punkte und trat bald für den einen, bald für den andern der Gegner ein, allein Herr v. Dechend, der ſicherlich keinen Grund hatte, die Erwägungen Dr. Bambergers anzugreifen, gab eine Erwiderung, die in ihrer perſönlichen Schärfe wahrhaft peinlich wirkte. — Unter Anderem machte er dem Vorredner den Vorwurf, daß er, wie auch Abg. Sonnemann, Banquiers-Intereſſen im Hauſe vertrete, was ihm ſcharfe Zurückweiſungen von Seiten ſeiner Gegner eintrug, die er wiederum mit noch erregteren Worten zu entkräften ſuchte. Dieſe Debatte, ſo wichtig ſie an ſich ſein mochte, diente jedoch nur als Vorſpiel zu dem Drama, das ſich nun entwickeln ſollte. Eine gereizte, gewitterſchwüle Stimmung beherrſchte das Haus, die ſich in dem nun folgenden Kampfe Luft machte. Abg. Dr. Mendel hatte einen Antrag eingebracht, wonach die Wahlprüfungs-Commiſſion ermächtigt werden ſollte, über die am häufigſten vorkommenden Verſtöße gegen das Wahl-Reglement Bericht zu erſtatten und befürwortete denſelben mit Hinweis auf die Wahlbeeinfluſſungen, die von Seiten preußiſcher Beamten, insbeſondere von Landräthen, ausgeübt würden. — Hierauf gab Fürſt Bismarck die Erklärung ab, daß er der Wahleinwirkung von Verwaltungsbeamten ſtets entgegen geweſen wäre, daß er andererſeits aber wünſchte, daß Richter, deren Stellung über jedes Parteiintereſſe erhaben ſein müßte, ſich in agitatoriſcher Weiſe nicht fürder an den Wahlen betheiligten. Im Uebrigen ſei gerade außerhalb Preußens und bei einem Mitgliede der linken Seite des Hauſes ein Fall von landräthlicher Wahlbeeinfluſſung vorgekommen, ſo craß, wie ſonſt wohl nirgends, dort ſei der Candidat, „derſelbe Abgeordnete, der ſich eben zum Worte meldet“ (Abgeordneter Lasker hat ſich erhoben), von dem Landrath des Kreiſes, ebenfalls Mitglied des Hauſes, in eigener Equipage herumgefahren wordenl um den Wählern vorgeſtellt zu werden. Dieſe Beſchuldigung wurde vom Abgeordneten Lasker auf die unſchuldige Thatſache reducirt, daß er mit ſeinem langjährigen Freunde, Abgeordneten Landrath Baumbach, bei dem er abgeſtiegen, einmal in demſelben Wagen zu demſelben Orte gefahren ſei, in dem er eine Wahlrede zu halten beabſichtigte. — Abgeordneter Baumbach aber nahm mit warmen Worten das Recht für ſich in Anſpruch, lieben Freunden ein Obdach zu gewähren und allen, noch ſo hochgeſtellten Perſönlichkeiten zum Trotz ſeine politiſche Selbſtſtändigkeit zu wahren. — Die Unterſtellung einer Wahlbeeinfluſſung aber wies er zurück. — Hierbei ſei an die Thatſache erinnert, daß der Gegner des Abgeordneten Lasker kein anderer war, als Graf Herbert Bismarck, der Sohn des Reichskanzlers. — Die Aufregung des Hauſes war eine ungeheuere.

## Deutſchland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

### 8. Sitzung vom 3. März.

12 Uhr. Am Tiſche des Bundesrathes Fürſt Bismarck, Maybach, Stephan, Scholz u. A.

Präſident v. Goßler verlieſt folgendes Schreiben: „Die Glückwünſche, welche der Geſammtvorſtand des deutſchen Reichstags Mir und der Kronprinzeſſin, Meiner Gemahlin, zur Vermählung Unſeres älteſten Sohnes dargebracht hat, verpflichten Uns zu lebhaftem Danke. Wir dürfen in dieſer Kundgebung ein Zeichen der Theilnahme erblicken, welche die erwählten Vertreter des deutſchen Volkes dem jungen Paare bezeigen, welchem mit Gottes Hilfe dereinſt beſchieden ſein wird, in der Erfüllung ſeiner Pflichten gegen das große gemeinſame Vaterland ſein eigenes Glück zu begründen.“ Berlin, den 1. März 1881. Friedrich Wilhelm, Kronprinz. An den Geſammtvorſtand des deutſchen Reichstags.

Die Commiſſion für die Abänderung des Geſetzes, betr. die Naturalleiſtungen für die bewaffnete Macht im Frieden iſt gewählt und hat ſich unter dem Vorſitz des Abg. Nordeck zur Rabenau conſtituirt. Sein Stellvertreter iſt Abg. v. Aretin, Schriftführer ſind die Abgg. Bieler und Mendel.

Zur dritten Berathung ſteht die Uebereinkunft, betreffend den Austauſch von Poſtpacketen ohne Werthangabe.

Staatsſecretär Stephan: Auf die geſtrige Frage des Abg. Haerle, ob die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht in der Lage wären der Uebereinkunft beizutreten, erwiderte ich, daß es dazu der Vorlage eines Geſetzes bedürfe. Nach mir heute zugekommenen Mittheilungen iſt ein ſolcher Geſetzentwurf vom Senate angenommen und dem Repräſentantenhauſe vorgelegt worden. Die Poſtverwaltung bemerkt bei ſeiner Motivirung: „Dieſer Geſetzentwurf iſt nothwendig, um die Poſtverwaltung in den Stand zu ſetzen, mit den anderen Poſtverwaltungen ein beſonderes Abkommen in Betreff des Austauſches kleinerer Packete zu treffen. Unter jenen Packeten befinden ſich viele, welche nach Maßgabe der bisher beſtehenden Poſtverträge zur Zeit mittelſt der Poſt nicht befördert werden durften. Auf der Pariſer Conferenz wurde von dem Vertreter der deutſchen Poſtverwaltung ein Entwurf vorgelegt, der den Austauſch kleinerer Packete ermöglicht. Die Vortheile eines ſolchen Austauſches für den Verkehr wurden allſeitig anerkannt. Nachdem ein ſolcher aber durch unſere Geſetzgebung noch nicht eingeführt worden iſt, ſo befindet ſich die dieſſeitige Verwaltung nicht in der Lage, an dem Pariſer Uebereinkommen theilzunehmen. Da aber ein ſolcher Austauſch den Verkehrsintereſſen nur förderlich ſein kann, ſo empfiehlt ſich die Annahme des Geſetzentwurfes.“ Wenn es gelingt, ihn im Repräſentantenhauſe zur Annahme zu bringen, ſo zweifle ich nicht daran, daß die Vereinigten Staaten in der Lage ſein werden, am 1. October ebenfalls dem Uebereinkommen beizutreten.

Abg. Härle: Ich ſpreche dem Herrn Staatsſecretär für dieſe erfreuliche Mittheilung meinen Dank aus.

Abg. Forkel: Art. 10 der Uebereinkunft führt eine ſchwere Beläſtigung inſofern mit ſich, als er den Verſandt ſolcher Poſtpackete verbietet, welche Briefe enthalten. Da unter dieſen Briefen auch Facturen und auf den Inhalt des Packets bezügliche Correſpondenzen verſtanden ſind, ſo ergiebt ſich für das deutſche Publikum, welches an eine Einlegung der Briefe in Packete gewöhnt iſt, eine ſehr läſtige Abweichung von der bisherigen Uebung.

Staatsſecretär Stephan: Dieſe Uebung hat im Verkehr mit dem Auslande niemals beſtanden, während ſie bei uns im inländiſchen Verkehr zugelaſſen iſt. Es wäre nun an ſich ſehr wünſchenswerth, wenn man ſolche Briefe oder Facturen mit den für das Ausland beſtimmten Packeten mitſenden könnte, das iſt aber nach den beſtehenden Poſtgeſetzgebungen der betreffenden Länder nicht zuläſſig. Sollte es möglich ſein, die Beſtimmung des Art. 10 im Sinne der freieren Auffaſſung unſerer Geſetzgebung zu modificiren, ſo wird dies der Reichspoſtverwaltung nur erwünſcht ſein. Im Ganzen iſt die Sache nicht ſo ſchlimm, nachdem das Briefporto ſo erheblich ermäßigt worden iſt, daß man einen Brief für 20 Pf., eine Karte für 10 Pf. nach Japan ſchicken kann.

Art. 10 und der Reſt des Geſetzes werden hierauf ohne Debatte angenommen.

Darauf wird die Etatsberathung fortgeſetzt. Beim Etat der Reichsdruckerei fragt Abg. Rickert, woher es komme, daß trotz der anderweitigen Ausdehnung der Reichsdruckerei, die Abſicht des Staatsſecretärs Dr. Stephan, den Druck des „Staats- und Reichsanzeigers“ auf die Reichsdruckerei zu übernehmen, immer noch nicht zur Ausführung gelangt ſei. Das Natürliche würde doch ſein, daß das officielle Organ des Reiches reſp. Preußens in der Druckerei gedruckt werde, welche der Behörde zur Dispoſition ſtehe.

Oberpoſtrath Sachſe: Die Abſicht, den „Staats- und Reichsanzeiger“ auf die Reichsdruckerei zu übernehmen, beſteht nach wie vor. Die Ausführung derſelben iſt aber vorläufig aus dem Grunde nicht bewerkſtelligt worden, weil es an den nöthigen Räumlichkeiten fehlt, um den Druck dieſes Blattes vorzunehmen, und weil zu dieſem ein größerer Grunderwerb vorgenommen werden müßte, wozu die Regierung ſich bis jetzt nicht hat entſchließen können.

Der Etat wird genehmigt.

Es folgt der Etat der Eiſenbahn-Verwaltung. Bei dem Titel: Chef des Reichsamtes für die Verwaltung der Reichs-Eiſenbahnen (ohne Beſoldung) bemerkt

Abg. Berger: Ich muß in der Verbindung des preußiſchen Miniſteriums für öffentliche Arbeiten mit der Leitung der Reichs-Eiſenbahnen in Elſaß-Lothringen einen großen Fehler erkennen. Schon in dem preußiſchen Arbeitsminiſter ſind drei an ſich unvereinbare Competenzen verkörpert: die eines General-Directors der Staatsbahnen, die Oberaufſicht über ſämmtliche Privatbahnen, endlich die Befugniß, über Conceſſionen für neu anzulegende Bahnen zu entſcheiden. Auch die enragirteſten Anhänger des excluſiven Staatsbahnſyſtems werden zugeben, daß dieſe Vereinigung von Competenzen nicht gut wirken kann. Man kann nicht zweien Herren dienen! Wer die Intereſſen der Staatsbahnen energiſch vertreten, ihre Rentabilität aus allen Kräften fördern will, kann nimmermehr mit gleichem Maße den Privatbahnen gegenüber verfahren. Dieſe Incompatibilität tritt am ſchärfſten in der Perſon des gegenwärtigen Chefs hervor, der an Stelle Achenbachs zu dem Zweck berufen wurde, um die Staatsbahnidee mit allen Mitteln durchzuführen. Ihm hätte man alſo doch mindeſtens die Oberaufſicht über die Privatbahnen und die Entſcheidung über das Conceſſionsweſen in Preußen abnehmen ſollen. Ein von mir im Abgeordnetenhauſe dahin gerichteter Verſuch fand leider nicht die Zuſtimmung der Mehrheit. Nun vervollſtändigt man aber die Aemtercumulation noch dadurch, daß man Herrn Maybach auch zum Chef der Reichsbahnen berufen hat. Dies wurde allgemein von allen denen als großer Mißſtand angeſehen, die nicht, wie er, die radicale Durchführung des Staatsbahnprincips als ihre Hauptaufgabe anſahen.

Man erklärte, daß nun die elſaß-lothringiſchen Reichs-Eiſenbahnen nur noch ein integrirender Beſtandtheil des Syſtems der preußiſchen Staatsbahnen ſein würden. Das iſt in der That auch ſchon formell in die äußere Erſcheinung getreten, inſofern ſogar die Bureaus der Reichs-Eiſenbahnen in das preußiſche Miniſterium der öffentlichen Arbeiten übergeführt ſind. Die Reichsbahnen ſollten doch ausſchließlich den Reichsintereſſen dienen und von jeder Schädigung der Intereſſen der Bundesglieder fern gehalten werden. Deſſen ungeachtet hat die geſtrige Kritik Sonnemanns das Gegentheil ergeben. Ein Anhänger der ausſchließlichen Staatsbahnpolitik, Graf Udo Stolberg, hat als ſchließliches Reſultat der völligen Durchführung des Staatsbahnprincips einen Kampf der großen gegen die kleinen Staatsbahnen prophezeit — gewiß eine traurige Ausſicht, die geeignet iſt, die Liebe zum Reiche an manchen Orten zu erſchüttern und die ein völlig neutrales Verhalten der Reichs-Eiſenbahnen in jenem Kampfe als dringendes Bedürfniß erſcheinen läßt. Dieſe Neutralität iſt aber nach meiner Ueberzeugung nicht möglich, ſo lange die elſaß-lothringiſchen Bahnen dem jetzigen preußiſchen Miniſter der öffentlichen Arbeiten unterſtehen. Schließlich frage ich die Reichsregierung, ob die Reichs-Eiſenbahnen in Elſaß-Lothringen bei den Inſtradirungsmaßregeln, die im Laufe der letzten Monate vorgenommen wurden, betheiligt waren, ob man von Seiten derſelben die früher beſtandenen Verbandsverkehre gekündigt und welche neue Verbandsverkehre eingeführt ſind, endlich wie ſich die am meiſten intereſſirten Glieder, namentlich Heſſen-Darmſtadt, Baden und Würtemberg zu jenen Maßregeln verhalten haben? Dieſe Fragen ſind von ſolcher Bedeutung, daß wir eine klare Antwort verlangen müſſen.

Staatsminiſter Maybach: Die Frage der Vereinigung der Oberaufſicht über die Privatbahnen mit der Verwaltung der Staatseiſenbahnen in Preußen in einer Hand gehört in den preußiſchen Landtag, der Reichstag hat ſich nur mit der von dem Herrn Vorredner angeregten Frage, ob die ſtattgefundene Vereinigung der Leitung der Reichseiſenbahnen mit der oberſten Leitung des preußiſchen Eiſenbahnweſens zweckmäßig ſei, zu beſchäftigen. Die Reichsbahnen ſtoßen an preußiſche Staatsbahnen, und ihre Entwickelung bezüglich des Verkehrs iſt weſentlich von der Stellung der preußiſchen Staatsbahnen zu den Reichsbahnen abhängig. Die Combination der Verwaltung der oberſten Spitze führt eine Menge von Erſparniſſen ein, auf den Grenzſtationen werden in Bezug auf Ausrüſtung von Perſonal und Material viele Vortheile, ſowohl für die Reichsfinanzen, wie für den Verkehr der betheiligten Landestheile, erzielt. Materiell iſt alſo dieſe Combination wohlbegründet. Hinſichtlich der Leitung der Reichseiſenbahnen gegenüber anderen Staaten und Privatbahnen erkläre ich Herrn Sonnemann, daß mir das allgemeine Verkehrsintereſſe obenan ſteht (Zuſtimmung rechts), daß ich bei Berückſichtigung der finanziellen Intereſſen die Intereſſen der Reichseiſenbahnen in den Vordergrund ſtellen, bei den Intereſſen anderer Staaten und Privatbahnen mich neutral verhalten werde. Ich benutze die Reichseiſenbahn-Verwaltung keineswegs als Hebel für preußiſche oder andere Sonderintereſſen; ſollte ich von dieſem Grundſatze einmal abgewichen ſein, was mir wohl der Herr Vorredner nicht wird nachweiſen können, ſo verſpreche ich Remedur eintreten zu laſſen. Auch in dem von dem Herrn Vorredner erwähnten Falle der Inſtradirungen, die neuerdings eine Aenderung erlitten haben, iſt dieſer Grundſatz vollauf beobachtet worden. Wenn geſtern, bei einem anderen Etat, geſagt wurde, die preußiſche Eiſenbahn-Verwaltung habe die Gelegenheit wahrgenommen, ſich einen Verkehr zuzueignen, der ihr nicht gebühre, ſo beruht das auf einer unrichtigen Auffaſſung.

Als die rheiniſchen Bahnen noch in Privathänden waren, wurde der Verkehr über die Linien geleitet, die den Actionären am meiſten convenirten, ſtatt über kürzere und ebenſo leiſtungsfähige (Sehr wahr!), daher mußte in Preußen für eine unter Staatsgarantie ſtehende Linie ein Zinszuſchuß geleiſtet werden, während der Verkehr ſich über Bingen bewegte und alſo den Actionären Erträge lieferte. Auch hier zeigte ſich wieder, wie unrichtig es war, eine ſolche Combination von zinsgarantirten Linien mit alten Stammlinien, die keine Zinsgarantie und nicht die Einwirkung des Staates in dem Maße genoſſen, zuſammenzuwerfen. Durch den Uebergang dieſer Linien in den Staatsbeſitz haben ſich dieſe Verhältniſſe geändert und hat ſich der Verkehr auf die nachweislich kürzeſten und leiſtungsfähigſten Linien geworfen. Den preußiſchen Steuerzahlern gegenüber, worunter in dieſem Falle auch der Fiscus, könnte ich es nicht rechtfertigen, wollte ich im Intereſſe von Privat-Actionären den Verkehr von den Staatsbahnen, an die er von Gott und Rechtswegen gehört, auf Privatbahnen lenken, nur um die Erträge der Actionäre zu erhöhen; ich erkläre ganz offen, daß ich mich auf ein derartiges Procedere niemals einlaſſen würde (Beifall rechts); und würde ich es rechtfertigen können, den Reichsfinanzen gegenüber, wenn ich Privatbahnen, die nicht den natürlichen Anſpruch erheben können auf die Mitbetheiligung an dem Verkehr oder wenigſtens nicht voll eine ſolche zuwenden würde? Dieſe Verhältniſſe wollte man als berechtigt nicht anerkennen, man wollte dieſe Aenderung nicht als Thatſache anerkennen, die auch eine Aenderung der Inſtradirung herbeiführte. Dieſem Zuſtande habe ich mich verpflichtet gefühlt ein Ende zu machen und kann ich zu meiner Freude ſagen, daß das Anerkenntniß dieſer berechtigten Auffaſſung auch von der anderen Seite ſtattgefunden hat, ſo daß wir uns mit den betheiligten Verwaltungen über die Einrichtungen des Verkehrs nach Recht und Billigkeit geeinigt haben.

Wenn geſtern hier geſagt wurde, die Leitung des Verkehrs zwiſchen Frankreich und Würtemberg über Ulm und Gmünden wäre ſo, als ob man den Verkehr von Berlin nach Stettin über den Harz leiten wollte, ſo verſtehe ich dieſen ungeheuerlichen Vergleich nicht. Allerdings würde jene Linie einen Umweg etabliren, aber nicht in dieſer Ungeheuerlichkeit. Ich erkenne aber auch an, daß dieſe Combination, wie ſie von den betreffenden Provinzialverwaltungen formulirt war, nicht richtig war und auch meine Billigung nicht gefunden hat. Wenn noch darauf hingewieſen iſt, daß die Zuſammenlegung der Behörden in einem Local nicht ganz richtig ſei, ſo glaube ich das Gegentheil. Die Erledigung der Geſchäfte erheiſcht einen häufigen Verkehr der Räthe, der Beamten unter ſich und mit dem Chef. — Es würde nicht zu rechtfertigen geweſen ſein, wenn wir, ſofern Localien vorhanden ſind, die Localien nicht benutzt hätten, um das Reichsamt in die Räume des Miniſteriums zu verlegen, wofür das preußiſche Handelsminiſterium in die Räume des Reiches übergeſiedelt iſt und ebenſo eine Miethe für dieſe Räume zahlt. Es tritt in dieſem Falle eine vollſtändige Compenſation ein und zwar zum Nutzen des Reiches, indem Preußen eine höhere Miethe zahlt als das Reich an Preußen. Ich konnte es daher nicht rechtfertigen, dieſe Trennung aufrecht zu erhalten. Wenn ferner geſagt wurde, es ſei zweifelhaft, ob ich die neutrale Haltung bei Fortdauer der Combination beider Functionen durchführen könnte, ſo muß ich dieſen Zweifel zurückweiſen. Ich mache es mir zur Aufgabe, nach allen Seiten hin gerecht zu ſein, aber den Anſpruch muß ich erheben im Intereſſe des allgemeinen Verkehrs, daß, wenn der Verkehr auf den Linien, die wir ihm bieten können, beſſer geführt werden kann, er auch auf dieſen Linien geführt wird, ich meine den Verkehr, den wir billiger, beſſer und prompter bedienen können. Dieſer Grundſatz, der mich für die preußiſche Verwaltung leitet, leitet mich auch für die Reichseiſenbahnverwaltung, und ich habe die Zuverſicht, daß, wie es bisher gelungen iſt, mit den angrenzenden Staaten und Bahnen ein Uebereinkommen zu erzielen — das auch in Zukunft vollſtändig gelingen wird. Die bisherigen Erfahrungen geben mir dafür die Zuverſicht.

Abg. Sonnemann: Auch ich habe, wie der Miniſter Maybach, die Anſicht, daß in den vorliegenden Sachen nur die allgemeinen Verkehrs-Intereſſen zu entſcheiden haben. Jedenfalls ſind wir aber als Mitglieder des Reichstages verpflichtet, nicht blos über die preußiſchen Intereſſen, ſondern auch über die der anderen Staaten zu wachen, deren Eiſenbahnen eben ſo gut zu unſerem Eiſenbahnnetz gehören, wie die preußiſchen. Der Herr Staatsminiſter Maybach hat nun geſagt, daß die Vereinigung der preußiſchen Bahnen mit denen von Elſaß-Lothringen ſchon dadurch begründet ſei, daß Erſparniſſe erzielt würden, wenn beide Verwaltungen vereinigt ſeien. Dem kann ich nicht beipflichten. Das elſaß-lothringiſche Eiſenbahnnetz iſt nämlich an und für ſich ſchon groß genug, um eine ſelbſtſtändige Verwaltung haben zu können. Die Ausdehnung über zu große Eiſenbahnnetze kann aber eben ſo nachtheilig ſein, wie die zu kleinen Directionen. Hiernach wird die Vereinigung der beiden Verwaltungen keinesfalls erforderlich. Vor Allem wird es aber unmöglich, Differenzen und Unzuträglichkeiten zwiſchen den preußiſchen und den ſüddeutſchen Bahnen zu vermeiden, wenn das vielfach mit dem badiſchen und würtembergiſchen concurrirende elſaß-lothringiſche Netz von dem Director der preußiſchen Staatsbahnverwaltung geleitet wird. Es iſt wunderbar, wie man im Bundesrath hierüber hinweg geht, während man doch jeden Tag Material dafür ſammeln kann, daß die badiſche Eiſenbahnverwaltung mit dem Gang der Dinge und der Concurrenz der elſaß-lothringiſchen Bahn abſolut unzufrieden iſt. Zudem iſt doch bekannt, daß die Rente der badiſchen Bahnen von Jahr zu Jahr in Folge der Concurrenz zurückgeht. Mit der Erklärung des Herrn Staatsminiſters, daß er zu den vorgenommenen Veränderungen nur durch das Verkehrsintereſſe veranlaßt ſei, ſtehen jedenfalls die in der heſſiſchen Kammer vorgebrachten Thatſachen in Widerſpruch, die bisher noch nicht öffentlich widerlegt worden ſind. Wenn man in Bingen Güter auf die andere Rheinſeite bringt und über Frankfurt ſendet, das ſehr ungünſtige Bahnhöfe hat, wo ſie oft mehrere Tage lang liegen bleiben müſſen, ſo iſt das jetzt ein anderes Verfahren, als früher; und wer mit den Verhältniſſen vertraut iſt, muß zugeben, daß früher ſolche Unzuträglichkeiten wie jetzt nicht vorgekommen ſind. Trotzdem ich im Allgemeinen Anhänger der Eiſenbahnpolitik des Herrn Staatsminiſters bin, muß ich doch hervorheben, daß die hier berührten Verhältniſſe dem allgemeinen Verkehrsintereſſe vom allergrößten Nachtheil ſind und namentlich zu einer Schädigung der ſüddeutſchen Bahnen führen müſſen.

Abg. Berger: Man muß auch den Schein vermeiden; dies geſchieht aber nicht, wenn der Generaldirector der preußiſchen Staatsbahnen die Verwaltung der elſäßiſchen Reichsbahnen übernimmt. Herr Maybach hat als gewandter Dialektiker die Sache ſo dargeſtellt, als ob ich hier als Vertreter gewiſſer Privatbahnen und Actionäre aufgetreten ſei, er dagegen die allgemeinen Verkehrsintereſſen vertreten habe. Ich glaube, mich auf das Urtheil des Hauſes über meine langjährige parlamentariſche Thätigkeit beziehen zu können, daß dafür keine Veranlaſſung vorliegt. Ich habe mich nie zum Vertreter einſeitiger Privatintereſſen aufgeworfen, ſondern ebenfalls ſtets in erſter Linie die allgemeinen Verkehrsintereſſen im Auge gehabt. Allerdings bin ich von jeher ein überzeugter Anhänger des gemiſchten Staatsbahnſyſtems geweſen. Hätte der Miniſter nichts Anderes beabſichtigt, als dem Fiscus das zuzuführen, was ihm von Gott und Rechtswegen zukommt, ſo würde er in mir den energiſchſten Anhänger gefunden haben. Mir ſcheint nur der Herr Bundesbevollmächtigte mit dem, was dem Fiscus von Gott und Rechtswegen zukommt, einen weiteren Begriff zu verbinden, als jeder Unbefangene. Aus der Ueberführung des Verwaltungskörpers der Reichsbahnen in das preußiſche Arbeitsminiſterium mache ich der Regierung keinen Vorwurf. Zu meinem Bedauern iſt der Herr Bundesbevollmächtigte der Beantwortung meiner Fragen aus dem Wege gegangen. Ich erlaube mir deshalb, dieſelben zu wiederholen.

Staatsminiſter Maybach: Die Herren aus Baden werden mir zuſtimmen, wenn ich dem Abgeordneten Sonnemann gegenüber behaupte, daß die abnehmende Rentabilität weniger auf die Concurrenz der Reichsbahnen als auf koſtſpielige Bauanlagen zurückzuführen iſt. Auch kann nach den von mir angeſtellten Ermittelungen von einer Verkehrsverzögerung nicht die Rede ſein. Dem Abgeordneten Berger gegenüber kann ich nur wiederholen, was ich bereits bezüglich der Verwaltung der Reichsbahnen geſagt habe. Herrn Berger unterzuſchieben, daß er hier für die Actionäre irgend einer Bahn aufgetreten ſei, iſt mir nicht in den Sinn gekommen.

Bundescommiſſar Geh. Rath Schulz erklärt, daß ſeitens der Generaldirection in Straßburg eine Verkehrskündigung nur in einem einzigen Falle vorgekommen ſei, und zwar dem badiſchen Verkehr gegenüber, wozu übrigens durchaus Veranlaſſung vorgelegen habe.

Abg. v. Minnigerode hält es für ein durchaus geſundes Verhältniß, wenn eine ſo kleine Verwaltung, wie die der Reichsbahnen, ſich im Anſchluſſe an eine größere vollziehe, wodurch jenen der nicht zu beſtreitende Nutzen einer Centralſtelle zu Theil werde.

Abg. v. Nordeck zur Rabenau erklärt ſich, auf Heſſen-Darmſtadt exemplificirend, gegen das Vorgehen der Reichsregierung, welche damit den kleinen Staaten förmlich Gewalt angethan habe.

Abg. Kiefer weiſt den Vorwurf zurück, daß die abnehmende Rentabilität der badiſchen Bahnen in der Koſtſpieligkeit der Bauanlagen ihren alleinigen Grund habe. Im Gegentheil ſei die Concurrenz der Reichsbahnen eine äußerſt rückſichtsloſe, mit großem Geſchick geleitete geweſen, und hierauf ſei jene Erſcheinung vor Allem zurückzuführen. Kein badiſcher Abgeordneter könne darüber in Zweifel ſein, daß durch das äußerſt ſchonungsloſe Vorgehen der Reichsbahnverwaltung und das Uebergewicht der ihr Dank des Reichsſäckels zu Gebote ſtehenden Mittel auf die elſäſſiſchen Bahnen ein-

bedeutender Verkehr übergeführt ſei, der jede Concurrenz naturgemäß ausgeſchloſſen habe. Mit großer Freude begrüße er es, daß jetzt ein beſſeres Verhältniß und ein größeres Wohlwollen auf jener Seite Platz greife.

Staatsminiſter **Maybach**: Ich proteſtire gegen die Aeußerungen des Hrn. Nordeck zur Rabenau. Die heſſiſche Bahnverwaltung hat geglaubt, daß ſie ihre Intereſſen der preußiſchen gegenüber ungeachtet der inzwiſchen eingetretenen Veränderungen in gleicher Stärke wahrzunehmen habe wie früher. Dem Abg. Kieſer kann ich nur anheimgeben, meine Verwaltung nicht mit allgemeinen Bemerkungen zu kritiſiren, ſondern ſpecielle Angaben zu machen. Wir würden uns dann eher über das Maß der Berechtigung ſolcher Angriffe verſtändigen können. Gegenüber dem neuerdings angebahnten, auf richtiger Erwägung der beiderſeitigen Intereſſen beruhenden Verhältniſſe bitte ich für die Zukunft auf derartige mißliebige Recriminationen zu verzichten.

Der Etat der Eiſenbahnverwaltung wird genehmigt.

Bei Titel 8 (Koſten der Züge) fragt Abg. v. **Minnigerode**, ob es nicht möglich ſei, durch größere Ausdehnung des ſecundären Betriebes die Betriebskoſten zu ermäßigen.

Geh. Rath **Kienel**: Die Verwaltung ſei beſtrebt, dieſen Wunſch thunlichſt zu berückſichtigen, doch dürfe man die dadurch zu erzielenden Erſparniſſe nicht überſchätzen. Der ſecundäre Betrieb unterſcheide ſich von dem primären nur durch geringere Fahrgeſchwindigkeit, die allerdings auch eine geringere Abnutzung des Betriebsmaterials zur Folge habe, gleichzeitig aber verhindere, daß das Perſonal und das Zugmaterial in vollem Umfang ausgenutzt werde.

Abg. **Rickert** bittet, bis zur dritten Leſung des Etats eine ziffermäßige Ueberſicht vorzulegen, welche den Unterſchied der Koſten zwiſchen dem Vollbahn- und dem Secundärbahnbetrieb klarlege.

Geh Rath **Kienel**: Die Erfüllung dieſer Forderung ſei ſehr ſchwierig. Aus den vorher bereits entwickelten Gründen ergebe ſich, daß die durch den ſecundären Betrieb erzielten Erſparniſſe nur in den Erneuerungskoſten zur Erſcheinung kommen. Nun laſſe ſich allerdings ziffermäßig angeben, um wie viel die Betriebszuſchüſſe geringer geworden ſind, da aber auch bei dem Vollbahnbetrieb dieſe Zuſchüſſe abgenommen haben, weil der Betrieb ſorgſamer und ſparſamer eingerichtet worden ſei, ſo laſſe ſich nicht feſtſtellen, einen wie großen Antheil dieſer Umſtand an den bei dem ſecundären Betrieb herbeigeführten Erſparniſſen habe.

Der Etat der Eiſenbahnverwaltung wird genehmigt.

Zu dem Etat der **Reichsbank** (Antheil des Reiches an dem Reingewinn: 1,500,000 Mk.) nimmt das Wort

Abg. **Sonnemann**: Das Reich iſt in den letzten Tagen um 300,000 M. reicher geworden, da nach den Zeitungen der Ertrag der Reichsbank pro 1880/81 1,800,000 M. (ſtatt 1,500,000) betragen wird. Ich werde deshalb für den nächſten Etat eine Erhöhung des Erträgniſſes der Reichsbank nicht beantragen, da die Reichsbank nicht dazu da iſt, um hohe Dividenden zu bringen, namentlich auf Koſten der Induſtrie und des Verkehrs. Leider iſt das Mehrerträgniß im ablaufenden Jahre nur auf Koſten unſerer legitimen Verkehrsintereſſen erreicht worden und Handel und Induſtrie haben für dieſe 300,000 M., die wir gewinnen, vielleicht 30 Millionen bezahlen müſſen. Im vorigen Jahre iſt hier bei demſelben Etat ſchon die Discontopolitik der Reichsbank zur Sprache gekommen, und es ſind die Unzukömmlichkeiten erwähnt worden, die dadurch entſtehen, daß die Reichsbank außerhalb ihrer Bureaux am offenen Markt und unter dem von ihr feſtgeſetzten Discontoſatz Wechſel kauft. Es iſt namentlich darauf hingewieſen worden, daß, wenn die Bank bei günſtigem Geldſtande im Frühjahr und Sommer ſo handelt, ſie im Herbſt, wenn Geldmangel eintritt, gezwungen ſein würde, ihren Zinsfuß übermäßig hinaufzuſchrauben. Trotzdem hat ſich die Reichsbank nicht abhalten laſſen, den ganzen Sommer über Privatwechſel zu 1 bis 2 und 2½ Procent anzunehmen. Dieſer Unterſchied kommt etwa nicht unſeren wahren Intereſſenten, den Landwirthen u. ſ. w. zu gute, ſondern den Zwiſchenhändlern, den Maklern; denn wer zur Bank kam, hat immer 4 pCt. Zinsfuß zahlen müſſen. Die Bankverwaltung hat die Situation des Geldmarktes ſchlecht erkannt, da ſie noch Anfangs Auguſt Wechſel zu 2 und 2½ Procent privatim ankaufte, während ſehr bald ein großer Umſchwung eintrat. Im Juni warnte die Preſſe und wies auf den Goldbedarf hin, der in Folge der Einführung fremder Brotfrüchte im Herbſt eintreten werde. Die Bank ließ ſich nicht irre machen.

Da kam plötzlich die Goldausfuhr und ſie mußte, wie es ſchien, zu ihrer eigenen Ueberraſchung, am 18. Auguſt den Zinsfuß auf 5 Procent feſtſetzen, am 6. September auf 5½ Procent; ſo blieb er bis zum 6. October, wo er auf 5 Procent herabging. In Paris und London betrug in dieſer Zeit der Zinsfuß 2½ Procent. Der Nachtheil, den unſer legitimer Handel dadurch erlitt, beziffert ſich auf etwa zehn Millionen pro Monat. Andere Länder wiſſen beſſer wie wir die Vortheile eines niedrigen Zinsfußes zu würdigen. So hat erſt kürzlich ein ſehr geachtetes franzöſiſches Blatt, der „Temps“, am 14. Februar in einem Artikel ausgeführt, daß die Bank durch einen möglichſt niedrigen Disconto aufs Wirkſamſte den Handel in der Bemühung unterſtütze, die Waarenausfuhr auf die Höhe der Einfuhr zu bringen. In Frankreich paßt nicht nur die Bank ihre Bankpolitik möglichſt den Intereſſen des Verkehrs an, ſondern auch die Regierung nimmt Rückſicht darauf, und hilft ſich lieber mühſam durch, ehe ſie eine Anleihe auf den Markt bringt, die die Intereſſen des Verkehrs vorzeitig ſtört. Unſere Disconterhöhung iſt in erſter Linie dadurch veranlaßt worden, daß im Frühjahr die Reichsbank mit Wechſeln zu niedrigem Zinsfuß gefüllt war und im Herbſt zu Zwangsmaßregeln ſchreiten mußte. Durch die Mißerfolge ihrer Discontopolitik im vorigen Jahre läßt ſich die Bank gegenwärtig nicht abhalten, ihr Verfahren jetzt in der gleichen Weiſe fortzuſetzen. Sie macht aber auch andere Fehler. Als im Herbſt die Discontoerhöhung und die nothwendige Goldausfuhr eintrat, gerieth die Bankverwaltung plötzlich in ein gewiſſes Schwanken. Bald ließ ſie dementiren, daß ſie kein Gold abgebe, am nächſten Tage wurde dieſes Dementi durch ein neues theilweiſe dementirt. Thatſächlich hat die Bank an großen Seeplätzen, wie Hamburg und Bremen, einige Tage lang kein Gold abgegeben. Mag ſie auch nach dem Bankgeſetz dazu berechtigt ſein, da blos die Hauptbank Gold abzugeben braucht, ſo iſt das doch keine kluge Politik, denn die Sache hat im Auslande Aufſehen erregt und Mißtrauen gegen unſere Bank- und Währungsverhältniſſe hervorgerufen.

Die Bank thut überhaupt nicht wohl daran, wenn ſie der Goldausfuhr, die oft zum Ankauf von Brotfrüchten raſch nothwendig iſt, Hinderniſſe in den Weg legt. Man erſieht das daraus, daß nur der kleinſte Theil des circulirenden Goldes in den Händen der Bank iſt, etwa der ſechste Theil. Das Gold, das nöthig iſt, wird ohne ſie ausgeführt und ſie verliert durch ihre Politik nur die Controle über den ganzen Goldvorrath. Nach dem Bankgeſetz hat die Bank die Verpflichtung, die bei ihr eingehenden Noten der Privatbanken von Zeit zu Zeit umzutauſchen; ſie verfährt dabei ſehr verſchieden: bald tauſcht ſie raſch um, bald in ſehr langen Zeitabſchnitten. Im vorigen Jahre erklärte der Herr Bankpräſident, er habe verfügt, daß die Verſendung der Noten fortan von hier aus ſtattfinde, und jede übermäßige Häufung der Noten vermieden werde. Wie iſt aber verfahren worden? Im Mai 1879, als die Bank regelmäßig mit den Privatbanken die Noten umtauſchte, beſtand ihr ganzer Vorrath an Privatbanknoten aus vier Millionen. Als im vorigen Jahre die Goldklemme eintrat, Anfang September, betrug der Vorrath an Privatbanknoten die früher nie erreichte Summe von 41 Millionen. Es wurde auf dieſen Punkt öffentlich aufmerkſam gemacht, und binnen einer Woche verminderte ſich der Beſtand von 41 auf 14 Millionen. Dieſe Anhäufung von Privatbanknoten hat auf die Geſammtlage der Reichsbank ungünſtig eingewirkt, denn ſie hätte beim Umtauſch natürlich theilweiſe Gold bekommen. Sie hätte gar nicht anders handeln können, wenn ſie ſich vorgenommen hätte, einmal einen recht ungünſtigen Bankausweis zu publiciren. Ferner glaube ich, daß die Bank nicht richtig operirt, um bei Goldeinfuhr fremde Goldmünzen anzuziehen und aufzuſpeichern, um dann eintretendenfalls für den Export nach dem Auslande ohne Ummünzung die fremden Goldmünzen hergeben zu können.

Die Maßregeln der niederländiſchen Bank in dieſer Beziehung ſcheinen mir richtiger und mehr geeignet zur Erleichterung des Verkehrs. Früher ſchon habe ich darauf aufmerkſam gemacht, daß unſere Bankverwaltung in der Veröffentlichung der Ausweiſe gegen die von England und Frankreich ſo erheblich zurückbleibt. Wenn man allen Bankſtellen die vollen Ausweiſe ganz telegraphirte, ſo würde nur eine Ausgabe von 14,000 Mk. pro Jahr entſtehen. Es wäre doch beſchämend, wenn wir wegen dieſer Summe in der Raſchheit dieſer Bankausweiſe gegen England und Frankreich zurückſtehen ſollten. Ein Urtheil über die Lage des Geldmarktes aus den Bank-Ausweiſen wird auch dadurch erſchwert, daß die Giro-Guthaben der Privaten nicht von denen der Regierung getrennt werden. In andern Ländern herrſcht in dieſem Punkte volle Offenheit, und ich würde das auch bei uns wünſchen, denn ſonſt iſt eine richtige Beurtheilung der Lage der Bank nicht möglich. Jede Bank, auch die Reichsbank, hängt ab vom Vertrauen des Publikums; das erwirbt man ſich nur durch Offenheit. Ich ſage alſo noch einmal: Dieſe Discontopolitik, dieſe Begünſtigung der Banquiers gegenüber den Kaufleuten und Induſtriellen widerſpricht nach meiner Anſicht dem Geiſte des Bankgeſetzes, und ich fürchte, daß wir noch einmal in eine ſchlimme Lage kommen, wenn dieſe Maßregel fortgeſetzt wird. Im vorigen Jahre hatten wir eine bedeutende Waarenausfuhr, ſollte dieſe, was bei den veränderlichen Verhältniſſen Amerikas möglich iſt, geringer werden, dann können wir im Herbſt, wenn im Sommer und im Frühjahr das Geld durch die Reichsbank künſtlich billiger gemacht wird, in große Verlegenheit kommen. Die Verantwortlichkeit hierfür fällt dann auf die Reichsbankdirection. (Beifall links.)

Bankpräſident v. **Dechend**: Ich glaube, den Vorredner darüber beruhigen zu können, daß wir mit der bisher feſtgehaltenen Bankpolitik nicht in Verlegenheit gerathen können. Der Vorredner hat dieſe Befürchtung ſchon früher ausgeſprochen, aber die Wirklichkeit hat dem nicht entſprochen. Wir ſind bis jetzt nicht in Sorge geweſen, wie wir dem Lande das Gold und das Geld nicht zu theuer machen könnten, und wir hoffen, daß wir uns auch in Zukunft immer zurechtfinden werden. Wir haben ferner nicht um Geld zu verdienen unter dem Discontoſatze Wechſel gekauft, ſondern weil die eigenthümlichen Verhältniſſe des Landes dazu nöthigten, verſchiedene Discontoſätze einzuhalten. Der Bundesrath hat bereits die von verſchiedenen Privatbanken über den Sinn des § 15 des Bankgeſetzes erhobenen Zweifel erledigt und entſchieden, daß die Reichsbank Wechſel auf andere Plätze auch unter dem von ihr veröffentlichten Discontoſatze kaufen darf. Die Behauptung des Vorredners, daß keine andere Bank, namentlich auch nicht die von England, unter dem officiellen Discontoſatz Wechſel discontire, iſt unrichtig. Da der Vorredner dies ſchon im vorigen Jahre behauptete, habe ich mit der Bank von England correſpondirt und erfahren, daß dieſelbe ſeit mehreren Jahren Wechſel unter ihrem feſtgeſetzten Discontoſatz discontirt. Bei uns iſt hauptſächlich die Verſchiedenheit des Zinsfußes im Weſten und Südweſten von dem im Oſten und Nordoſten maßgebend. Der erſtere iſt gewöhnlich 3 pCt. oder darunter, ſehr ſelten 4 pCt.; im Oſten dagegen iſt es unerhört, daß Jemand außer der Bank Wechſel der gewöhnlichen Sorte zu 4 pCt. nimmt. Was die Bank zu 4 pCt. nimmt, nehmen alle übrigen nur zu 7 und 8 pCt. Ein hoher Zinsſatz würde alſo für den Süden und Weſten ein niedriger, für den Nordoſten nicht angemeſſen ſein. Ausnahmen machen blos die unbedingt ſicheren Wechſel, d. h. diejenigen der großen Fabrikanten auf kleinere und auf ihre Bankiers, und die der großen Creditinſtitute auf ihre Kunden.

Wenn dieſe Wechſel unter dem Bankdiscont discontirt werden, ſo kann damit nur ein für die Intereſſen der Bankiers ganz beſonders beſorgter Herr unzufrieden ſein; Alle, die ſich für die Intereſſen des Landes und der Bank beſonders intereſſiren, ſind dafür geweſen. In Folge vieler Interpellationen, die beſonders in einem Blatte in Frankfurt am Main hervortraten, habe ich alle Theile gehört und erfahren, daß die Maßregel durchaus nicht unerwünſcht iſt. Weil einige Mitglieder des Reichstages vielleicht anderer Meinung ſind, können wir unſere Principien nicht abändern. Ich glaube, der Reichstag würde nicht geneigt ſein, über dieſe rein techniſche Frage zu entſcheiden. Das ſind Gegenſtände, die die Verwaltung betreffen, Gegenſtände, die von der Inſtanz der Centralverwaltung an eine höhere Inſtanz gehen, an den Reichskanzler, und erſt dann, ſollte ich glauben, würde der Reichstag Veranlaſſung haben, hier den Gegenſtand aufzunehmen, wenn er ſorgfältig durch Commiſſionen und Sachverſtändige geprüft iſt. Ich habe deshalb im vorigen Reichstage den Gegenſtand nicht näher erörtert, aber da Sie mich zwingen, Farbe zu bekennen, thue ich es und hoffe, daß die hohe Verſammlung mich nicht im Stiche laſſen wird. (Beifall rechts.) Wir haben den Discont im vorigen Jahre nicht deshalb heraufgeſetzt, weil uns durch die Privatdiscontirung die Mittel ausgegangen ſind, auch nicht aus Furcht vor der Entziehung von Geld, ſondern hauptſächlich um den Behauptungen der Preſſe, daß unſere Valuta in Frage wäre, entgegenzutreten. Es wurde damals dieſelbe unwahre Behauptung aufgeſtellt wie hier, daß wir Gold verweigert hätten, Umſtände machten, Thaler auszahlten und dergleichen mehr. Ich habe an den Vorredner ſelbſt geſchrieben und ihn gebeten, dieſe von ſeinem eigenen Blatte gebrachten Gerüchte zu widerlegen, ich bekam die Antwort, es müſſe noch näher unterſucht werden, die Nachricht ſei aus Hamburg gekommen — und damit hat die Sache geendigt (Hört! rechts.)

Wir haben nun in Wahrheit nicht Gold verweigert, ſondern nur von dem Rechte Gebrauch gemacht, Gold nur hier auszugeben, nicht an jedem Bankplatz. Der Vorredner meint, es läge in unſerem Intereſſe, daß wir das Gold Jedem, der es exportiren will, bis an die Seeplätze entgegentragen. Dieſen Wunſch habe ich ſchon in noch draſtiſcherer Weiſe gehört. Wir hatten in Hamburg Gold genug, aber es beſtand zum Theil aus einfachen Kronen; da wurde hier beantragt, wir möchten ſtatt der einfachen doch Doppelkronen ſchicken, die wären zum Export noch mehr geeignet. (Heiterkeit.) Wir haben das abgelehnt und ich glaube, wir haben keine Veranlaſſung, mehr zu thun, als die engliſche Bank; auch die giebt Gold nur am Centralpunkte. Wir haben alſo, um den falſchen Gerüchten entgegenzutreten, den Discont auf 5 pCt erhöht. Auch im Jahre 1866, beim Ausbruch des Krieges, wurden Bedenken gegen den Stand unſerer Valuta laut; man kann ſeiner Valuta aber nur dann Reſpect verſchaffen, wenn man ſich nicht genirt, ordentlich mit dem Disconto in die Höhe zu gehen; das haben wir damals gethan; wir erhöhten den Discont in einem Tage um 2 Procent und die Wechſelcourſe änderten ſich ſofort ſo, daß von einem Export von Silber nicht mehr die Rede war. Mit den Wechſeln war es im vorigen Jahre gerade ſo; 5 Procent reichten nicht, wir mußten auf 5½ Procent gehen, und die Wechſelcourſe fielen ſo, daß gar keine Noth mehr für unſer Gold war. Daß wir dabei nicht an einen Gewinn dachten, können Sie daraus erſehen, daß wir nach wenigen Wochen wieder auf 5, 4½ und 4 Procent heruntergingen. Dem Abg. Sonnemann mag das vielleicht wieder zu früh erſchienen ſein, aber wir wollten mit der Herabſetzung keinen Augenblick länger, als nöthig, warten. Der Vorredner meint, wir hätten keine Erfolge durch unſere ſchwankende Politik gehabt. Wir haben aber durch unſere Politik große Vortheile erzielt.

Im Auguſt kam es darauf an, gewiſſe Operationen, die uns das Gold auf Rechnung anderer Staaten entziehen wollten, zu unterbrechen. Das iſt in vollem Maße gelungen, unſer Gold hat ſeitdem um mehr als 50 Millionen zugenommen. Wir bemühen uns ſoviel wie möglich, den Privatbanken das Leben zu erleichtern, nicht zu erſchweren; natürlich ohne uns geradezu zu ſchädigen. Wenn wir uns übrigens darauf beſchränken wollten, die Noten blos an den Plätzen von 80,000 Einwohnern einzutauſchen, ſo würden ſich die Privatbanken ſehr viel ſchlechter ſtehen; ſie haben daher auch immer gebeten, es bei dem jetzigen Verfahren zu belaſſen. Daß wir den Notenbeſtand an einem Tage von 41 auf 14 Millionen reducirten, iſt dem Einfluß des Vorredners zuzuſchreiben; der uns durch ſein Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, dringend anempfahl, ſo wenig wie möglich Privatbanknoten bei uns zu laſſen. Ich hätte das ſonſt nicht gethan. Wir hatten die Noten ſonſt zwar auch ganz regelmäßig präſentiren laſſen, aber jene Aufforderung bewog mich, die Noten ſofort einzuſchicken, und daher bewegt ſich ſeitdem die Summe der Privatbanknoten nach den öffentlichen Publicationen ziemlich in derſelben Höhe. Es wäre vielleicht noch beſſer, die Noten nicht allwöchentlich anzuſammeln, ſondern alle Tage zu verſchicken. Das wäre aber bei der großen Menge zu koſtſpielig. Auf den Vorſchlag, die Goldeinfuhr nach Art der niederländiſchen Bank zu befördern, habe ich ſchon im vorigen Jahre geantwortet, daß der dadurch zu erzielende Zweck ebenſo gut zu erreichen iſt, wenn wir generell die Bedingungen ermäßigen, weil wir gerade dann immer wieder an die Grenze kommen, wo nichts mehr eingeführt wird. Wenn ferner die engliſche Bank ihre Bilanzen früher publicirt, als wir, ſo liegt das daran, daß ſie nur neun Filialen hat, die franzöſiſche Bank aber, mit ihren 90 Filialen, giebt die telegraphiſchen Ausweiſe nicht nach dem Stande deſſelben Tages, ſondern nach Aufſtellungen, die ihr ſchon kürzere oder längere Zeit vorher zugegangen ſind. Wenn Sie eine ſolche, nicht ganz richtige Bilanz haben wollen, ſo können wir das ebenſo gut; auf die Koſten käme es auch nicht an; aber ich glaube, daß das große Publikum kein Intereſſe daran hat, ob die Zuſammenſtellung ein oder zwei Tage früher erſcheint. Auch eine Unterſcheidung der privaten Beſtände und der öffentlichen in unſeren Publicationen hätte keinen beſonderen Werth, da die Beſtände der Regierung meiſt ganz unbedeutend, höchſtens zehn oder zwanzig Millionen ſind, Sie alſo annehmen können, daß faſt alle aufgeführten Beſtände private ſind. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Bamberger**: Die Aufforderung an den Reichstag, durch einen Beſchluß Remedur gegen eine der hier beſprochenen Maßregeln zu ſchaffen, gehört zur Art der proceſſualiſchen Einreden, die ſo viel bedeutet, als daß jede hier ausgeſprochene Meinung auch ohne Effect an ihm vorübergehe. Denn Niemand wird doch dem Reichstage improviſirter Weiſe einen Antrag unterbreiten wollen, über dieſen oder jenen Punkt der Discontopolitik der Reichsbank hier einen Beſchluß zu faſſen, und der Reichstag wird ſich vielleicht auch nach reiflicher Erwägung für incompetent erklären. Bei dem wohlwollenden Meinungsaustauſch, der der Zweck unſerer Beſprechungen beim Etat iſt, müſſen die Vertreter der Regierungen wie die Mitglieder des Reichstags ihre beiderſeitigen Einwendungen nach ihrem ſächlichen Werth würdigen und die der letzteren dürfen bei aller Energie, mit der die Regierungen ihre Meinung vertreten mögen, nicht alle Einwendungen aus böſem Willen oder Unkenntniß abfertigen. Der Abg. Sonnemann beſchäftigt ſich mit der Materie, die er behandelt, ſeit langen Jahren ex officio; er beſitzt auch ein Preßorgan, welches anerkannt zu den bedeutendſten und beſtunterrichteten Organen der Handelswelt in Deutſchland gehört. Man kann ihm alſo ohne jeden Mißton antworten, was ich um ſo eher ausſprechen darf, als ich im Einzelnen auf Seiten ſeiner Gegner ſtehe. Die Aufforderung des Bankpräſidenten, einen Beſchluß des Reichstages zu extrahiren, klingt ſo gut wie abweiſend und ſeine Bemerkung, das heute Gehörte ſchon vor einem Jahr gehört zu haben, ohne davon Notiz zu nehmen, weiſt auf einen anderen Weg. Das Bankgeſetz hat ihn nicht als ſouveränen Herrn der Bankleitung, ſondern unter den Reichskanzler geſtellt, nicht den Reichskanzler in Perſon, ſondern die oberſte Reichsleitung reſp. das Departement, dem die finanzielle Leitung der Geſchäfte übertragen iſt. Das ſupponirt, daß, wenn z. B. ſolche Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen der öffentlichen Meinung oder der Volsvertretung oder dem Handelsſtande und dem Reichsbank-Directorium exiſtiren, eine dritte, höhere, unparteiiſche mitwirkt, die um ſo mehr ihren Einfluß auszuüben berechtigt und berufen iſt, als ja bekanntlich die Reichsbank eine Actien-Geſellſchaft iſt, der doch auch von Gott und Rechtswegen obliegt, die Intereſſen ihrer Actionäre zu wahren.

Ganz zu dem Zwecke iſt die oberſte Reichsbehörde dem Reichsbankdirectorium und der Präſidentſchaft übergeordnet, woher ſie auch gewärtig ſein muß, daß in ſolchen Fällen auch eine ſolche Art der Ueberwachung und Intervention ſtattfindet. Der Herr Reichsbankpräſident hat uns nichts davon geſagt, was in Folge der im vorigen Jahre hier gehaltenen Bemerkungen etwa zwiſchen der ihm vorgeſetzten Behörde und ihm über die Sache verhandelt worden iſt. Er hat uns nur ſeine ſouveräne Anſicht und ſeinen Entſchluß kund gethan, wodurch uns eine Lücke in der Verwaltung aufgedeckt worden iſt, auf die ich den Herrn Reichskanzler bitte, möglichſt raſch die betreffenden Finanzbeamten aufmerkſam zu machen. In der Sache ſelbſt ſtimme ich dem Abg. Sonnemann inſofern nicht bei, als ich mich dem Grundſatze des unbedingt möglichſt niedrigen Zinsfußes nicht anſchließe, den er ſeiner Betrachtung zu Grunde gelegt hat. Eine Bank ſoll weder dafür ſorgen, daß der Zinsfuß möglichſt niedrig ſei, noch daß er möglichſt hoch ſei. Sie ſoll vielmehr der allgemeinen Bewegung folgen und derſelben Ausdruck geben und nach Umſtänden, je nach Lage der Dinge mäßigend oder ermunternd eingreifen. Das iſt der Weg einer geſunden Bankpolitik, den nicht ich erſt erfunden habe, der vielmehr für alle Kenner der Materie eine längſt ausgemachte Sache iſt. Es handelt ſich hier um die Frage: Befolgt der Herr Bankpräſident mit ſeiner Politik dieſen Grundſatz in richtiger Weiſe, indem er zweierlei Arten von Zinsfuß hat, einen officiellen und unter Umſtänden um die ganze Hälfte davon abweichenden Privatzinsfuß. Der offizielle iſt im Ganzen, auch im vorigen Jahre nicht ſehr hoch geweſen. Jedenfalls ſind mit dem Satz, den die Reichsbank als Maximum behandelt hat, weder Handel noch Gewerbe geſchädigt worden. Für mich liegt die Frage ganz wo anders, nämlich in der Concurrenz à outrance, welche die Bank den Privatdisconteuren macht, indem ſie ihnen überall die zum möglichſt niedrigen Zinsfuß zu discontirenden Wechſel wegnimmt und dadurch das Geſchäft verdirbt und dieſelben mit ihrem Capitale aus dem Markte vertreibt.

Mit Recht hat der Herr Bankpräſident dem Abg. Sonnemann entgegengehalten, daß er durchaus nicht aus Gefälligkeit gegen die Bankiers unter den officiellen Zinsfuß heruntergeht. Denn er thut dies den Bankiers zum Tort, denen er ein ſehr unangenehmer Concurrent iſt. Er hat in ſeinem Ausſchuſſe bei den mächtigſten Mitgliedern der hieſigen Bankwelt jahraus, jahrein gerade deswegen Oppoſition zu erleiden, weil er ſich das Discontiren zum Privatdisconto nicht verbieten laſſen will. Anſtatt die Bankiers zu begünſtigen, ſchüchtert er vielmehr das Privatcapital ein, ſich dem nützlichen Geſchäfte des Wechſeldiscontirens hinzugeben, wodurch es unter Umſtänden geradezu trocken gelegt wird. Die Folge davon iſt, daß, wenn man einmal dieſes flüchtige Privatcapital braucht, man es nicht hat, da es andere Wege gegangen und entweder irgendwie in Effecten oder in Waaren oder im Auslande oder in Hypotheken angelegt iſt, ſo daß die Bank bei einer etwaigen Geldklemme, wo ſie einer Hilfe von auswärts bedarf, auf ſolche nicht mehr zählen kann. Das iſt der wahre kranke Punkt in ſeiner Bankpolitik. Er ſägt den Aſt durch, auf dem er ſelbſt ſitzt. Der Herr Bankpräſident hat vorhin beſtritten, daß er es des Gewinnſtes und der Dividenden wegen thut, wenn er über den officiellen Bankſatz hinaus zu discontiren ſucht. Ich muß geſtehen: Die Botſchaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ich kenne doch auch dieſe Dinge. Und noch im vorigen Jahre iſt hier das Wort gefallen, daß doch das Capital der Actionäre nicht abſolut brach liegen müſſe, während andere Leute Wechſel discontirten und zum officiellen Zinsfuß nichts zu haben ſei, als, wie man ſagt, die weniger guten Wechſel, ſo daß das Portefeuille der Bank ſich nur mit ſolchen Accepten und Wechſeln anfülle, die einen ſecundären Rang einnehmen. Ich will dem Herrn Bankpräſidenten auch in dieſer Frage ſo weit Recht geben, als ich es vermag. Seine Stellung iſt nicht zu vergleichen mit der der anderen großen europäiſchen Banken.

Wie er ſelbſt bemerkt hat, hat die engliſche Bank in dieſen Dingen zu verſchiedenen Zeiten eine verſchiedene Routine beobachtet. Früher hatte ſie nur einen Minimalbankſatz und ſtieg beliebig zu höheren auf, je nach den Umſtänden und den Accepten. In letzterer Zeit hat ſich die Praxis umgedreht, ſie hat einen Maximalſatz und geht von dem wieder herunter. Mit der franzöſiſchen Bank aber kann ſich die Reichsbank am allerwenigſten vergleichen, denn wir haben noch eine große Anzahl von anderen officellen Staatsbanken. Wäre der Herr Reichsbankpräſident ganz allein Herr der einzigen deutſchen Reichsbank, ſo würde ich viel ſchärfer mit ihm ins Gericht gehen darüber, daß er zwei verſchiedene Zinsfüße hat. Auch die Gerechtigkeit muß ich ihm wiederfahren laſſen, daß er wahrſcheinlich nicht daran gedacht hätte, einen zweifachen Zinsfuß einzuführen, wenn die anderen Banken ihm nicht mit dieſem Beiſpiel vorangegangen wären. Kurz nach Emanirung des Bankgeſetzes wurde ich von einzelnen Bankdirectoren gefragt, ob es zuläſſig ſei, daß ſie den Privatdisconto zu einem andern Satze einnehmen, als zu dem von ihnen officiell verkündigten. Ich konnte das nicht beſtreiten, zumal meiner Anſicht nach es nicht von Uebel iſt, wenn die Bank im Ganzen ſich nicht an einen ſchablonenmäßig feſtgeſtellten Bankſatz hält. Nachdem das einmal für eine ſo große Anzahl kleiner Banken Praxis geworden war, hat es allerdings für den Herrn Bankpräſidenten hier etwas, was ihn nervös machen konnte, daß die Geſchäfte alle unter ſeinen Augen gemacht werden von anderen Inſtituten, die mit denſelben Privilegien wie er ausgerüſtet ſind, ohne daß er ſich daran betheiligen kann. Ich finde in alledem mildernde Umſtände und habe auch im vorigen Jahre nicht darauf beſtanden, daß die Bank unter allen Umſtänden ſich ſolcher Geſchäfte zu enthalten. Das, worauf es ankommt, iſt: „das Maß der Dinge“, und da glaube ich allerdings, daß die während des vorigen Jahres von der Preſſe ihm gemachten Vorwürfe nicht ſo unbegründet ſind, wie er ſie darſtellt.

Er war im Laufe des Sommers allerdings auf einen ſehr niedrigen Zinsfuß heruntergegangen, wie er auch jetzt wieder thut, und ich glaube, er befolgt darin eine Praxis, die nicht die richtige iſt. Die wahre Praxis der großen Centralbanken iſt nämlich die: in Zeiten, in denen alle Welt vertrauensvoll geſchäftsluſtig, reich mit Geld verſehen iſt, in denen muß eine Bank die vorſichtige und zurückhaltende ſpielen; umgekehrt in Zeiten, wo die Welt anfängt, ängſtlich zu werden, wo Beſorgniſſe allarmirend weiter greifen, da muß die Bank die umgekehrte Rolle ſpielen, da muß ſie Vertrauen erwecken und Courage haben. Das iſt die wahre Politik großer Bankinſtitute, von der der Herr Bankpräſident nicht völlig durchdrungen zu ſein ſcheint. Wenn es hieß, daß alle Welt ſich auf Wechſel ſtürzt, die zu 2 Proc. genommen werden, da geht ihm die Luſt an, mitzumachen und dadurch die ungeheure Erniedrigung der Capitalzinſen zu erhöhen. Geht es umgekehrt, ſo iſt er der erſte, ängſtlich zu werden, zieht alle Wechſel ſogleich ein, und verbreitet wieder Allarm im Lande. Es iſt das — ich ſchildere das sine ira et studio — dasjenige, wozu die objective Betrachtung in den letzten Jahren geführt hat. Ich komme nun zu einem Punkte, den der Reichsbankpräſident in der Beſprechung der kritiſchen Zuſtände des vorigen Sommers angeführt hat. Ich glaube nicht, daß ihm vorgeworfen worden iſt, daß er im September oder October den Zinsfuß plötzlich auf 5, 5½ und 6 Proc. zeitweiſe erhöht hat, es iſt die Thatſache mir conſtatirt worden. Ich bin der letzte und wohl auch Herr Sonnemann, der ihm daraus einen Vorwurf machen würde. Es war eine ganz geſunde Maßregel, nur zwei Dinge habe ich dazu zu bemerken.

Erſtens wäre dieſer große Sprung wahrſcheinlich nicht nöthig geweſen, wenn ſo verfahren wäre, wie ich angedeutet habe, nämlich, wenn man im Frühjahre nicht allzu lange, nicht allzu geſchäftstüchtig geweſen wäre und überall Wechſel aufgegriffen hätte. Ich weiß nicht, ob es wahr iſt, ich las aber in kaufmänniſchen Berichten, daß ſogar auf dem Londoner Platz lange Wechſel auf Berlin gekauft worden ſind, um das Portefeuille der Reichsbank zu füllen, alſo dadurch die Schuld von Deutſchland gegen England noch zu ſtärken. Der Herr Bankpräſident hat, als er ſich auf den formellen Standpunkt zurückzog, eingewendet, daß in dem Bankgeſetze ſelbſt die Sache nicht klar liegt, denn es ſei hier von zwei ganz verſchiedenen Dingen die Rede, einmal vom Discontiren und einmal vom Wechſelankaufen. Nun glaube ich, wenn irgend Jemand bei Abfaſſung des Bankgeſetzes dabei war, ſo bin ich es geweſen. Leider war der Herr Bankpräſident nicht dabei, meine Schuld war das nicht. Ich wollte damals, wie ich verſchiedene Male beantragt habe, ſeine Zuziehung, es iſt aber nicht gelungen. Alſo damals wurde die Sache ſo verſtanden, daß Wechſelankäufe heißt, die Acquiſition von kurzen Wechſeln, die man 8, 10 oder 14 Tage vor ihrem Verfall kauft, um ſie dann einzuziehen, daß Discontiren aber Anſchaffung von langen Wechſeln heißt. Es hat damals Niemand daran gedacht, daß der Bankdiscont für kurze Wechſel genommen werden ſoll. Ich komme auf die

Zeit zurück, in der der Wechſeldiscont auf 5—6 pCt. geſetzt wurde. Der Herr Bankpräſident hat beſtritten, daß dies geſchehen ſei, um das Gold feſt zu halten. Ich glaube, er vertheidigt ſich gegen etwas, was keine Anklage iſt, er weiſt eine Rechtfertigung von ſich, die ihm ſehr zu ſtatten kommen kann. Er hat gut gethan, die Discontoſätze hinaufzuſchrauben, um das Gold zu ſchützen.

Das iſt das A B C der Bankkunſt, das thut man in der ganzen Welt, und das war, wie man auf Umwegen ſpäter erfuhr, nach dem damaligen Bankſtatus ſehr indicirt. Es waren damals 350 Millionen in Silber und nur 180 Millionen in Gold vorhanden, das iſt ein ganz entſchiedenes Mißverhältniß, das zu ändern war. Was war natürlicher, als daß man den Zinsfuß hinaufſchraubte, was ſich ſofort in den Effecten äußerte, der Fehler war nur, daß dies etwas ſpät geſchah. Hätte man nicht früher Wechſel zu niederem Zinsfuß eingelöſt, ſo hätte man damals nicht hinaufgehen müſſen. Nun hat der Herr Bankpräſident ſo weit gehen wollen, uns verſtehen zu geben, daß die dermaligen Proteſtationen gegen ſeine Bankpolitik herrühren — ich kann genau ſagen, von wem — von Denen, die ſeine Politik unterſtützen, die hier in gewiſſen Börſen-Organen lebhaft vertreten ſind, die die Politik verfolgen, Deutſchland und die ganze Welt über unſere Solvabilität in Allarm zu ſetzen, die damals ſchrieen, daß wir ſo wenig Gold haben, daß der Bankpräſident in Verzweiflung iſt, wie er Gold zahlen ſoll, und daß er deshalb den Zinsfuß hinaufſetzte. Meine Herren! Man iſt damals ſo weit gegangen, der Außenwelt beibringen zu wollen, die Goldwährung ſei in Deutſchland aufgegeben, und man hätte daran gezweifelt, ſie zu erhalten. Ja, durch die engliſchen, franzöſiſchen und amerikaniſchen Zeitungen ging die Nachricht, der Herr Bankpräſident ſei beſchäftigt, eine Broſchüre zu ſchreiben, worin die unvermeidliche Nothwendigkeit zur Rückkehr zur Doppelwährung demonſtrirt ſei. Das kann ich dem Herrn Bankpräſidenten durch zahlreiche Exemplare von Fachzeitſchriften und Zeitungen belegen. Aber ſeine Freunde — ich will den Herrn Bankpräſidenten nicht durch ſeine Freunde compromittiren —, dieſe Vertreter der Silber- und der Doppelwährung in den hieſigen Börſenorganen, die nach Paris, Newyork und überallhin telegraphiren, haben immer geſchrieben, ihm ginge das Waſſer bis an den Hals, und zu ſeiner Vertheidigung müſſe er den Zinsfuß hinaufſchrauben. Wenn er das für eine Verleumdung hält, ſo will ich ihm den Weg zu ihrer Bekämpfung weiſen.

Der Abg. Sonnemann hat einen ſolchen Alarm durchaus nicht gemacht. Wenn nun der Abg. Sonnemann auf die niedrigen Courſe in Paris und London hinwies, ſo iſt die Bank in London allerdings keine dicke ſilberne Unterlage, die nur eine dünne goldene Oberfläche beſitzt; ſie kann mit mehr Sicherheit auftreten. Aber die Bank in Paris hatte ganz Unrecht, den Zinsfuß ſo niedrig zu laſſen. Diejenigen in Frankreich, welche dem Lande den Goldſchatz erhalten wollten, verlangten eine Erhöhung des Zinsfußes. Daß man ſie nicht hörte und Frankreich ſein Gold abzapfte und zwar nicht in geringen Dimenſionen wie bei uns, ſondern hundertmillionenweiſe, lag an dem Effectenſpiel und der Agiotage, die ein Intereſſe an dem niedrigen Zinsfuß hatten. Auch unſer Goldexport hing mit dieſen Dingen zuſammen und die Gefahr kam nicht ſo ſehr von dem Import von Getreide, ſondern davon, daß Deutſchland und Holland ſich mit amerikaniſchen Effecten enorm angefüllt hatten. In London war das entſchieden Ausſchlag gebende Moment — Sie können das immer aus den Berichten aus London erſehen — daß ein ungeheurer Austauſch von Papieren zwiſchen amerikaniſchen und deutſchen Börſenplätzen beſteht; das geht ſo raſch und mit ſo großen Summen, daß es viel mehr Einfluß auf die Bewegung der Edelmetalle, reſp. auf die Wechſelcourſe hat, als die bloße Bewegung in Waaren. Ich bin alſo ganz damit einverſtanden, daß man den Zinsfuß im vorigen Herbſt, als die Sache anfing, bedenklich zu werden, hinaufſetzte.

Der Bankpräſident mag allerdings niemals hartnäckig das Gold verweigert haben; wenn er aber behauptet, daß niemals überhaupt Remonſtrationen vorgekommen ſeien, ſo will ich nicht aus der Schule ſchwatzen — ich bin bereit, die Details dem Herrn Bankpräſidenten unter vier Augen mitzutheilen, wo er von verſchiedenen Filialen ſich ſehr hat bitten und Remonſtrationen machen laſſen, daß man Gold verabfolge; daß man dann Zehnmarkſtücke ſtatt der Doppelkronen giebt, ſo iſt das etwas Erlaubtes, eine erlaubte Sünde, mit der man die Bank vertheidigen kann, wenn ſie in Verlegenheit iſt; aber eine gute Politik iſt es nicht; eine Bank muß ſo lange die Valuta in gutem Credit erhalten, als es möglich iſt; ſie darf ſich nichts in den Kopf ſetzen, daß ſie ſpeciell durch Verweigerung von Mitteln berufen ſei, den Export zu hindern. Nun hat der Herr Bankpräſident — um nur noch dies zu ſagen — dem Herrn Abg. Sonnemann geantwortet: Sie haben ſchon im Vorjahr Beſorgniſſe geäußert, dieſe zeigen ſich unbegründet, folglich haben Sie unrecht. Ja, m. H., wenn nur das Gefahr wäre, was jeden andern Morgen eintritt, wäre es keine Kunſt, fortwährend zu warnen, läge Vorſicht auf der Straße. Beſorgniſſe ſind nicht deswegen an und für ſich nöthig, weil ſie von heut auf morgen, von einem Jahr zum andern eintreten. Ich glaube, die Beſorgniſſe ſind nicht eitel, eine Bankpolitik, die ihr Portefeuille füllen will, werde es zu weit treiben, und wenn der Herr Bankpräſident glauben will, daß die Stimme, die von hier kommt, auch einigermaßen competent iſt und nur um der Sache willen ſpricht, ſo dürfte er ſich gemüßigt fühlen, das, was er heut gehört hat, nicht ganz in den Wind zu ſchlagen.

Bankpräſident von Dechend: Ich weiß nicht, wie Herr Bamberger dazu kommt, mir Nervoſität vorzuwerfen; wenn ich nervös wäre, würde ich dieſe Geſchäfte, die nichts weiter als Arbeit verurſachen, nicht machen, die Zunahme der Arbeiten macht ja nur nervöſer. Wenn man aber von der Bank verlangt, wie dies auch der Vorredner thut, daß ſie in ſchlimmen Zeiten helfen ſolle, ſo nimmt man ihr dieſe Möglichkeit, wenn man ſie zwingen will, in gewöhnlichen Zeiten von den Geſchäften ganz fern zu bleiben. Gerade weil die Bank in ſchlimmen Zeiten helfen ſoll, muß ſie immer in den Geſchäften bleiben. Dazu kommt, daß das Bankgeſetz der Bank ausdrücklich jedes andere Geſchäft, als das Wechſel- und Lombard-Geſchäft, verbietet. Kann man nun verlangen, daß die Bank das einzige Geſchäft, auf welches ſie angewieſen iſt, nicht cultiviren ſoll? Dann müßte ſie ſich unſolideren Geſchäften zuwenden und würde damit ſein Portefeuille bedeutend verſchlechtern. Dieſer Einwand des Vorredners rührt nicht aus allgemeinen Erwägungen her, ſondern er vertritt dabei mehr oder weniger den Stand des Bankiers. Der Vorredner hat dann angedeutet, daß die Bank irgendwo Gold verweigert habe. Ich bitte den Herrn Vorredner ausdrücklich, mir die Fälle zu nennen und zwar hier. Ich kann Sie verſichern, daß es mit meinem Wiſſen nicht geſchehen iſt. Aber vielleicht meint der Herr Vorredner ganz etwas Anderes, nämlich daß man nicht an jedem Orte jede beliebige Sorte von Goldſtücken und Goldarten hat. Wir haben ja keine Verpflichtung, Jedermann an jedem Orte jede beliebige Sorte von Gold zu geben. Der Herr Vorredner hat dann die mir etwas dunkle Bemerkung gemacht, ich ſtünde gewiſſermaßen dem Alarm bei, der in Beziehung auf die im Auguſt vorigen Jahres aufgetauchte Frage der Goldzahlung geſchlagen wurde. Ich faſſe nicht, wie man mich identificiren kann mit Blättern, die alle Tage etwas Wunderbares, vielleicht auch für den Herrn Vorredner ſehr Störendes enthalten. Wir haben ja Blätter hier, die das ſcandalöſeſte Zeug von den höchſten und niedrigſten Beamten enthalten. Ich würde dem Herrn Vorredner ſehr dankbar geweſen ſein, wenn er noch in ſchärferer Weiſe dieſes Treiben charakteriſirt hätte. Was aber die angebliche Goldverweigerung betrifft, ſo liegt mir daran, die Details zu hören. Mit meinem Willen iſt ſie nicht geſchehen. Sollte ſie aber wirklich vorgekommen ſein, ſo wird Alles geſchehen, um ſie zu redreſſiren.

Abg. Sonnemann: Auf den Hauptpunkt, auf den es nie ankam, iſt der Herr Bankpräſident trotz ſeiner zweimaligen Erwiderung nicht eingegangen; das iſt der Umſtand, daß durch die vorzeitige Herunterdrückung der Zinsfuß im Herbſt künſtlich heraufgeſchraubt werden mußte. Dagegen hat der Herr Bankpräſident zarte Andeutungen gemacht, ich hätte im Intereſſe der Bankiers geſprochen. Ich will annehmen, daß der Herr Bankpräſident mir dadurch keine Inſinuation hat machen wollen, denn ich glaube, daß es ihm genügend bekannt iſt, daß ich nach der Seite mindeſtens eben ſo unabhängig bin, wie er ſelbſt. Ich kann aber den Beweis e contrario führen, daß der Vorwurf nicht zutrifft. Wer ſitzt denn im Bankausſchuß, welcher die von mir angegriffene Maßregel angeregt hat und vertritt, und der erſt geſtern einen entgegenſtehenden Antrag abgelehnt hat, wie ich aus den Zeitungen erſehe? Doch die erſten Bankhäuſer Deutſchlands, und wenn die Bankiers ihre Intereſſen bei der Discontopolitik nicht gewahrt ſehen, würden ſie dieſelbe gewiß nicht unterſtützen. Daß die Maßregel auch den Privaten zu gute komme, muß ich beſtreiten; dieſe Geſchäfte werden nur an der Börſe gemacht. Der Herr Bankpräſident hat mir, der ich übrigens nicht als Redacteur einer Zeitung, ſondern als Abgeordneter für Frankfurt hier ſtehe, vorgeworfen, als hätte ich früher von ihm in der „Frankfurter Zeitung" Dementis bekommen. Ich habe hier in Betreff der Verweigerung von Gold oder, wie man es nennt, der Erſchwerung der Goldausgabe eine Thatſache vor mir. Einen Brief von einem Hamburger Bankhauſe, den ich verleſen werde. (Redner lieſt den Brief vor, aus welchem hervorgeht, daß das Haus, als es 1,200,000 Mark Noten an der Bank in Hamburg präſentirte zunächſt an die Hauptbank in Berlin verwieſen wurde, und daß ihm dort Schwierigkeiten gemacht wurden, die eine Verzögerung des Goldtransports zur Folge hatten). Solche Schwierigkeiten werden denn nach außen hin übertrieben und ausgebeutet. Ich habe, wo ich konnte, die Reichsbank gegen dieſe Angriffe in Schutz genommen, wie ſich deſſen der Bankpräſident erinnern wird. Wenn der Herr Bankpräſident ſagt, er habe erreicht, daß das Gold nicht exportirt worden ſei, ſo iſt das kein Ruhm, man kann leicht den Brand eines kleinen Hauſes löſchen, wenn man zwölf Dampfſpritzen auffährt. Wenn man den Disconto, der in London 2½ pCt. ſteht, auf 5½ pCt. heraufſetzt, dann iſt der Zweck erreicht, dafür braucht man kein beſonderes Compliment zu machen. Mitleid braucht man mit der Bank nicht zu haben, ſie kann ſehr gut exiſtiren, ſie hat noch genug andere Geſchäfte, die ihr Geld einbringen, auch wenn ſie es macht wie die Bank von Frankreich, die in ihren Filialen einen verſchiedenen Zinsfuß feſtſetzt. Die Bank von England hat, ſo viel ich weiß, einen niedrigen und einen hohen Discontſatz, daß ſie unter den niedrigen Satz jemals heruntergehe, muß ich beſtreiten, bis mir das Gegentheil authentiſch nachgewieſen wird. Ich glaube die Erfahrungen zeigen uns, daß die Maßregel nicht zum Segen unſeres Geld- und Bankweſens ausgeſchlagen iſt, und daß ſie wieder aufgehoben werden muß.

Bankpräſident von Dechend: Der vorgeleſene Brief iſt mir nicht klar geworden; vielleicht war er zu undeutlich oder zweideutig geſchrieben. Ich habe aus ihm weiter nichts entnommen, als daß Herr Bräge, der in Hamburg Gold ſuchte, mit dieſem Geſuche nach Berlin gewieſen iſt. Das habe ich von vornherein geſagt. Es würde ihm in Frankreich und England ebenſo gegangen ſein. Wenn er in Liverpool Gold hätte verlangen wollen, hätte man ihn nach London verwieſen. Ich weiß alſo nicht, was der Brief beweiſen ſoll. Wenn er ſieben Stunden warten mußte, ſo würde ich das im höchſten Grade mißbilligen. Ich glaube aber, daß er bei uns nicht ſieben Stunden auf Gold gewartet hätte. Dazu brauchte er nicht mehr wie fünf Minuten. Der Herr Vorredner hat dann geſagt, ich hätte nicht widerlegt, daß durch die Discontirung die Induſtrie geſchädigt würde. Er behauptet, es würden nur die Banquiers einen Vortheil davon haben. Ich habe aber ausdrücklich hervorgehoben, daß Jedermann, namentlich die Induſtrie, faſt ausſchließlich von dieſer Discontirung unſerer Reichsbank profitirt. Ich bemerke hier noch ausdrücklich, daß das Curatorium ſich mit dieſer Maßregel ausdrücklich einverſtanden erklärt hat. Weiter bemerke ich dem Herrn Vorredner, daß wir in London nie deutſche Wechſel gekauft haben. Der Herr Vorredner hat dann noch beſonders hervorgehoben, daß er mich immer in Schutz genommen hat. Damit ſtimmt nicht ein Artikel der „Frankfurter Zeitung", worin er meinem Herrn Chef den dringenden Rath gegeben hat, mich ſo bald als möglich zu entlaſſen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff: Daß die Bank von den ihr geſetzmäßig zuſtehenden Mitteln Gebrauch gemacht hat, um den Export des deutſchen Goldes ins Ausland zu hindern, finde ich in hohem Grade anerkennenswerth. Den pädagogiſchen Vorleſungen der Abgg. Sonnemann und Bamberger gegenüber will ich nur darauf aufmerkſam machen, daß die Aufgabe der Deutſchen Reichsbank mit Rückſicht auf die große Zahl von Privatbanken und auf den Umſtand, daß bei unſeren Valuta-Verhältniſſen die Deckung der Noten nicht blos durch Gold, ſondern auch durch Silber geſchieht, eine viel ſchwierigere iſt, als die der Bank von England und Frankreich. Im Allgemeinen glaube ich ausſprechen zu dürfen, daß wir mit der Leitung unſerer Bank wohl zufrieden ſein dürfen. (Zuſtimmung.)

Abg. Bamberger: Der Vorredner ſcheint trotz ſeiner Verachtung des Pädagogiſchen doch nicht abgeneigt, von meinen pädagogiſchen Vorleſungen Gebrauch zu machen, denn daß die Stellung der Reichsbank aus den angeführten Gründen eine andere ſei als die der franzöſiſchen, habe ich ſchon oft geſagt. Der Herr Bankpräſident hat mich als ein Organ der Bankiers bezeichnet. Am Ende werden auch die Bankiers pädagogiſch. Der Herr Bankpräſident ſagt, er ſei in der Führung der Bank durchaus nicht nervös. In ſeiner heutigen Rede war er es ſicher, denn zu jener Inſinuation hatte er nicht den geringſten Grund. Er weiß, daß ich, wenn ich mit Bankiers verkehre, dies auf rein geſellſchaftlichem Fuße thue, es ſind dies Bankiers, mit denen auch er geſellſchaftlich verkehrt. Seitdem ich in den Reichstag eingetreten bin, bin ich den Geſchäften ſo fern, wie irgend Jemand und lebe wie der kleinſte Rentner hier in Berlin leben kann, fern von allen Geſchäftsbetrieben, — ferner vielleicht, als zur kenntnißreichen Verfolgung der Geſchäfte es eigentlich nothwendig wäre. Ich habe die Aera der Verläumdungen längſt kommen ſehen und mir vorgenommen, den Geſchäften fern zu bleiben. Was die Verweigerung von Gold angeht, ſo habe ich nicht geſagt, daß das Gold definitiv verweigert wäre, dann hätten wir uns ja für bankerott erklärt. Ich bin nicht der Anſicht des Herrn von Kardorff, daß der Bankpräſident recht thäte, Gold zu verweigern, wenn es ausgeführt werden ſoll. Wenn er das thut, dann ſammelt man das Gold im Publikum, indem man Agio zahlt und kommt zu einer entwertheten Valuta. Deshalb muß der Bankpräſident Gold geben, wenn er die Goldvaluta aufrecht erhalten will. Der Fall, den ich im Auge hatte, betrifft die Scheideanſtalt in Frankfurt, welche von der dortigen Filiale mehrfach Gold verlangte, was ihr verweigert wurde. Auf Beſchwerde wurde gefragt: Wenn ihr es zum Export braucht, kann es nicht gegeben werden. Die Scheideanſtalt brauchte das Gold, um die Arbeiter des Silberbergwerks Mansfeld zu bezahlen. Schon im vorigen Jahre habe ich monirt, daß nicht auch bei uns der Baarbeſtand an Silber und Gold getrennt nachgewieſen wird; ich bitte um Aufklärung, warum das bei uns unterblieben iſt.

Bankpräſident v. Dechend: Der Herr Vorredner hat behauptet, daß wir der Scheide-Anſtalt zu Frankfurt a. M. Gold verweigert haben. Nun handelte es ſich aber um Millionen, die wir nach Frankfurt ſchicken ſollten. Das war doch nicht zu verlangen und es iſt keine Goldverweigerung, wenn wir jene Forderung ablehnten. Der Vorredner hat ſodann die Gründe verlangt, warum wir nicht wie die franzöſiſche Bank den Ausweis an Gold und Silber wöchentlich publiciren. Aus dem Grunde nicht, weil es der Bankverwaltung bis dahin im Intereſſe des Landes, nicht der Bank, nicht wünſchenswerth erſchien. Wenn die franzöſiſche Bank in dieſer Beziehung vorgegangen iſt, ſo wird ſie dies noch ſehr zu bereuen haben. Mit der Publicität geht man Verpflichtungen ein, die nicht blos im Intereſſe der Bank, ſondern im allgemeinen Intereſſe ſehr mißlich ſind.

Abg. Bamberger conſtatirt in einer perſönlichen Bemerkung, daß es ſich in dem von ihm angeführten Falle keineswegs um eine bedeutende Summe gehandelt habe.

Abg. Sonnemann bemerkt dem Bankpräſidenten, daß ſeine (des Redners) Behauptung, er habe die jetzige Leitung der Bank ſtets unterſtützt, ſich nur auf frühere Zeiten bezogen habe.

Der Etat der Reichsbank und demnächſt der Reſt des geſammten, nicht an die Budgetcommiſſion überwieſenen Reichshaushaltsetats wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. Mendel: die Wahlprüfungs-Commiſſion zu beauftragen, dem Reichstage über die am häufigſten vorkommenden Verſtöße gegen das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 und die mit Rückſicht darauf nothwendig erſcheinenden Abänderungen des Wahlreglements Bericht zu erſtatten.

(Wegen Raummangel laſſen wir dieſen Theil der Debatte in der Morgen-Ausgabe nachfolgen.)

= **Berlin**, 3. März. [Zur Miniſterkriſis.] In der Miniſterkriſis ſoll die Entſcheidung nun nicht mehr lange auf ſich warten laſſen. Es heißt heute, daß ein Proviſorium in der Leitung des Miniſteriums des Innern allerdings bevorſtehe, daſſelbe aber nicht dem Finanzminiſter Bitter, ſondern dem Cultusminiſter von Puttkamer übertragen werden ſoll, welcher als die dem Reichskanzler beſonders genehme Perſönlichkeit für die definitive Uebernahme des Innern angeſehen wird. Andererſeits heißt es, daß Herr von Puttkamer nach den Wünſchen des Kaiſers und nach eigenem Wunſche an der Spitze des Cultusminiſteriums bleiben würde. Alle dieſe Angaben ſind indeſſen durchaus nicht zu controliren.

# Provinzial-Zeitung.

—ch. **Görlitz**, 3. März. [Eugen Richter in Görlitz.] Auf eine erneute Einladung des hieſigen Fortſchrittsclubs hat ſich der Reichstagsabgeordnete Eugen Richter bereit finden laſſen, zur Belebung politiſchen Sinnes einen Vortrag zu halten. Obwohl es hier einen politiſchen Janhagel nicht giebt, der ſich zu Störungen gebrauchen läßt, ſo war der Zutritt zu dem Saale des Concerthauſes doch nur gegen Eintrittskarten gewährt, von denen, um allzuſtarke Ueberfüllung zu vermeiden, urſprünglich nur 2500 ausgegeben waren, doch mußten noch 500 nachgeliefert werden. Eugen Richter kam erſt mit dem Abendzuge um 8 Uhr 10 Min. von Berlin und trat bereits um Mitternacht die Rückreiſe nach Berlin an. Auf dem Bahnhofe wurde er von einer Deputation des Fortſchrittsclubs, ſeine früheren Fractionsgenoſſen Dr. Paur und Fabrikbeſ. Halberſtadt an der Spitze empfangen, und erſchien in deren Begleitung gegen 8½ Uhr in dem dichtgefüllten Saale, in dem Schulter an Schulter in allen Räumen dichtgedrängt die Tauſende ſtanden, um den berühmten Redner zu hören. Eugen Richter ſprach, oft von Beifallsbezeugungen unterbrochen, über zwei Stunden über die politiſche Situation in äußerſt anregender Weiſe. Die Verſammlung hörte, obwohl nur wenige ſaßen und Manche ſchon ſeit 7 Uhr wartend ſtanden, mit geſpannteſter Aufmerkſamkeit zu. Am Schluß wurde Herrn Eugen Richter donnernder Beifall geſpendet, der ſich ſtürmiſch wiederholte, als Dr. Paur mit dem Danke ein Hoch auf den bewährten Volksmann ausbrachte. Welchen Impuls die Rede gegeben hat, davon zeugt der Umſtand, daß die Zahl der Mitglieder des Fortſchrittsclubs ſich am heutigen Abend vervierfacht hat.

## Telegraphiſche Depeſchen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Berlin**, 3. März. Abends 7 Uhr fand zu Ehren des Prinzen und der Prinzeſſin Wilhelm der Fackelzug der hieſigen Studirenden ſtatt. Derſelbe bewegte ſich vom Königsplatz aus durch die Linden nach dem Schloßplatz, wo der Zug Aufſtellung nahm. Die Mitglieder der königlichen Familie erſchienen auf dem Balcon. Eine Deputation der Studirenden begab ſich in das Schloß und überbrachte den Neuvermählten die Glückwünſche der Studentenſchaft, wobei ein Student der Theologie eine Anſprache hielt. Prinz Wilhelm erwiederte: Commilitonen! Ich danke der Berliner Univerſität für die ſympathiſche Kundgebung und möchte Sie (zum Sprecher gewendet) beauftragen, dieſen meinen Dank der Studentenſchaft kundzugeben. Ich bedauere lebhaft, dem heute Abend ſtattfindenden Commerſe nicht beiwohnen zu können und bitte Sie, in meinem Namen einen Salamander zu reiben, auf das Gedeihen der Friedrich-Wilhelms-Univerſität." Nach der Rückkehr der Deputation aus dem Schloſſe wurden enthuſiaſtiſche Hochrufe auf die Neuvermählten laut. Die Muſik ſpielte die Nationalhymne. Vom Schloßplatz aus ging der Zug nach dem Dönhofsplatz, wo die Fackeln unter dem Abſingen des „Gaudeamus" gelöſcht wurden.

**Stuttgart**, 3. März. Die Finanzcommiſſion der Abgeordnetenkammer beantragt, die Regierung zu erſuchen, im Bundesrath auf die Einführung des Tabakmonopols hinzuwirken.

**Peſt**, 3. März. Unterhaus. Iſtoczy richtete eine Interpellation an die Regierung, betreffend das Verbot der beabſichtigten Antiſemitenverſammlung. Der Miniſterpräſident Tisza erwiderte, es ſei die Pflicht der Stadthauptmannſchaft geweſen, eine Verſammlung zu verbieten, in welcher man die Religionsfreiheit und den Racenhaß ſo zu ſagen auf die Straße zerren wollte.

**Paris**, 3. März. Deputirtenkammer. Clemenceau kündigt für Sonnabend eine Interpellation über die Waffen- und Munitionsſendung nach Griechenland an. Der Handelsminiſter erwiderte Häntjens, das Importverbot trichinöſen Fleiſches werde aufgehoben werden, ſobald die obligatoriſche Fleiſchſchau eingeführt iſt. — Senat. Gavardie interpellirt über die Politik der Regierung, greift ſämmtliche Miniſter an und ſpricht von einer geheimen Mitregierung Gambetta's. Die Miniſter lehnten die Antwort ab, weil die Thatſachen unrichtig ſind. Der Schluß der Debatte wird angenommen.

**London**, 3. März. Onſield vertheidigt die Politik der Regierung betreffs des Beſitzes Kandahars. Die militäriſchen Anſichten ſeien getheilt, die Handelsvortheile zweifelhaft, deſſen politiſche Wirkung ernſt, die daraus entſtehenden finanziellen Verlegenheiten werden bedeutend ſein.

**London**, 3. März. Unterhaus. In der heutigen Sitzung erſchien der Premier Gladſtone zum erſten Male nach ſeinem Unfall und wurde auf das Enthuſiaſtiſchſte empfangen. — Auf eine bezügliche Anfrage erklärte der Staatsſecretär des Krieges, Childers, ſobald alle Verſtärkungen in Natal eingetroffen ſein würden, würden ſich dort über 15,000 Mann befinden.

**Petersburg**, 3. März. Nach officieller Mittheilung iſt der General-Gouverneur Weſt-Sibiriens, General Kasnakow, ſeines Poſtens enthoben und zum Mitglied des Reichsrathes ernannt worden. An ſeine Stelle tritt General Meſtſcherinow. General Obrutſchew iſt zum Gehilfen des Chefs des Generalſtabs ernannt worden. General Barantzow iſt in den Grafenſtand erhoben worden. Der „Neuen Zeit" zufolge wäre die Senatoren-Reviſion für Sibirien definitiv beſchloſſen worden.

**Waſhington**, 3. März. Präſident Hayes hat die Fundingbill mit ſeinem Veto belegt.

**Trieſt**, 3. März. Der Lloyddampfer „Veſta" iſt heute Vormittag aus Konſtantinopel hier eingetroffen.

# Handel, Induſtrie ꝛc.

**Berlin**, 3. März. [Börſe.] Die Börſe ſtand heute unter dem Einfluſſe, welchen die unerwartet ſchnelle Publikation der Ziffern der Creditanſtaltsbilanz hervorbrachte. Das Ereigniß war, wie alljährlich, kurz vor ſeinem Erſcheinen der Mittelpunkt der ſpeculativen Conjecturen geweſen und überraſchte um ſo mehr, da geſtrigen Wiener Mittheilungen zufolge, die Veröffentlichung erſt am Dinstag nächſter Woche ſtatthaben ſollte. Die Feſtſtellung der Dividende auf 18 Gulden übte im erſten Momente angeſichts der letzttägigen Schätzungen, welche ſich zwiſchen 21 und 22½ Gulden bewegten, eine deprimirende Wirkung aus. Andererſeits erfuhr die ſtarke Dotirung der Reſerve mit 712,000 Gulden, ſowie der Gewinnvortrag von 100,000 Gulden eine günſtige Beurtheilung. Der Cours der Creditactien ging zwar ſofort auf 513 gegen 530 von geſtern zurück, wir können aber trotzdem eine matte Haltung für dieſes Effect nicht conſtatiren nach unſeren Beobachtungen zeigte ſich vielmehr zu dem gewichenen Preiſe ziemlich bedeutende Kaufluſt, welche noch in der erſten Viertelſtunde eine Beſſerung des Coursſtandes, ſowie einen Stillſtand des Angebotes hervorbrachte. Der übrige Markt wurde von dem Vorkommniſſe nur wenig tangirt, es herrſchte auf faſt allen Gebieten eine gewiſſe Zurückhaltung bei nicht ungünſtiger Dispoſition. Lombarden gewannen einige Mark auf Grund ihres letztwöchentlichen Betriebsausweiſes, welcher ein Plus von 11,517 Gulden conſtatirt, auch Franzoſen waren feſt und etwas beſſer. Die Oeſterr. Nebenbahnen waren ohne Animo, nur Duxer und Rudolfsbahn traten etwas in den Verkehr, für letztere machte ſich in Folge des Dementi der beabſichtigten Couponkürzung einige Nachfrage geltend. Der Rentenmarkt zeigte eine ganz unentſchiedene Haltung bei geringem Geſchäft, einige Bevorzugung genoſſen Oeſterreichiſche Papier- und Silberrente. Für ruſſiſche Anleihen war gute Meinung vorhanden, welche das Coursniveau um ¼—½ pCt. aufbeſſerte. Ruſſiſche Noten blieben unbeachtet. Auf dem localen Speculationsmarkte hatten Commanditantheile unter dem Rückgange der Creditactien zu leiden, während Darmſtädter und Deutſche Bank ziemlich feſt lagen. Inländiſche Bahnen bewegten ſich bezüglich des Umſatzes in den engſten Grenzen bei unveränderten Preiſen. Für Montanwerthe brach ſich trotz des abermaligen Rückganges der Glasgower Roheiſennotiz (von 49½ auf 49 Sh.) eine günſtigere Stimmung Bahn. Der Eindruck, welchen die Creditbilanz ausgeübt, war in der zweiten Börſenſtunde gänzlich geſchwunden. Es entwickelte ſich auf der ganzen Linie ein lebhafteres Geſchäft, welches Hand in Hand mit einer zuſehends ſich befeſtigenden Tendenz ging. Franzoſen, Oeſterreichiſche Renten und öſterreichiſche Nebenbahnen, ſowie Commandit-Antheile hoben ſich im Courſe, Credit-Actien ſtiegen, da man wiſſen wollte, daß der Gewinn der Credit-Anſtalt an der Placirung der Theißthalloofe in der vorjährigen Bilanz noch nicht figurirte. Der heute publicirte Ausweis der Reichsbank blieb ohne Einfluß. Schluß ſehr feſt.

Courſe um 2½ Uhr: Feſt. Credit 519,00, Franzoſen 513,00, Lombarden 190,50, Reichsbank 146,50, Disconto-Comm. 175,87, Handels-Geſellſchaft —,—, Laurahütte 115,00, Dortmunder Union 89,50, Bergiſche 114,00, Rumäniſche Rente 93,37, Türken 13,40, Italiener 89,25, Oeſterreichiſche Gold-Rente 77,87, dito Silber-Rente 66,37, dito Papier-Rente 64,25, Ungariſche Goldrente 97,75, 5proc. Ruſſen 1877 96,50, do. 1880er 76,25, Köln-Mindener —, —, Rheiniſche —, —, II. Orient-Anleihe 61,25 do. III. 61,00, Ruſſiſche Noten 213,50, Wiener Bankverein —. Buſchtiehrader 74,50. Inveſtitionsanleihe 95,25.

Coupons. (Courſe nur für Beſten.) Oeſterr. Silberr.-Coup. 173,65 bez., do. Eiſenbahn-Coupon 173,65 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 35 Pf. f. Wien, Amerikaniſche Gold-Doll.-Bonds 4,20 Gd., do. Prioritäten 4,20 Gd., do. Papier-Dollar 4,20 Gd., 6% New-York-City.

— bez., Ruſſ. Central-Boden min. — Pf. Paris. do. Papier u. verl. min. 75 Pf. f. Bet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warſchau, Ruſſ. Zoll 20,52½ bez., 1822er Ruſſen —, Gr. Ruſſ. Staatsb. — bez., Ruſſ. Boden-Credit —,— bez.. Warſchau-Wiener Comm. — bez., Warſchau-Teresvol —,— bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverſe in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländiſche min. 20 Pf. Amſterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgiſche min. — Pf. Brüſſel, Berl. Lſtr.-Obligat. 20 33½ bez.

# Berliner Börse vom 3. März 1881.

### Fonds- und Geldcourse.

| | | |
|---|---|---|
| Deutsche Reichs Anl. | 4 | 101,20 bz |
| Consolidirte Anleihe | 4½ | 105,50 bz |
| do. do. 1876 | 4 | 101,30 bz |
| Staats-Anl. | 4 | 100,50 bz |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 98,00 bz |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½ | 153,25 bz |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 104,10 bz |
| Pfandbriefe: Berliner | 4½ | 104,10 bz |
| Pommersche | 3½ | 91,50 bz |
| do. | 4 | 100,50 bz |
| do. | 4½ | 101,75 bz |
| do. Ldsch. Crd. | 4½ | — — |
| Posensche neue | 4 | 99,90 bzG |
| Schlesische | 3½ | — — |
| Landschaftl. Central | 4 | 100,00 bzB |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 100,40 bz |
| Pommersche | 4 | 100,60 bz |
| Posensche | 4 | 100,20 B |
| Preussische | 4 | 100,30 bzB |
| Westfäl. u. Rhein. | 4 | — — |
| Sächsische | 4 | 100 75 G |
| Schlesische | 4 | 100,50 bz |
| Badische Präm.-Anl. | 4 | 135,60 B |
| Baierische Präm.-Anl. | 4 | 136,50 bz |
| do. Anl. v. 1875 | 4 | 101,00 bz |
| Cöln-Mind. Prämiensch. | 3½ | 132,40 bz |
| Sächs. Rente von 1876 | 3 | 79,25 G |

### Hypotheken-Certificate.

| | | |
|---|---|---|
| Krupp'sche Partial Obl. | 5 | 108,40 G |
| Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B | 4½ | 104,00 bzG |
| do. do. | 5 | 102,75 bzG |
| Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb | 4½ | 102,00 G |
| do do. do. | 5 | 104,00 bzG |
| Unkdbr. Cent.-Bod.-Cr. | 4½ | — — |
| Kündbr. do. (1872) | 5 | 106,25 G |
| do. rückbz. à 110 | 5 | 112,00 B |
| do. do. do. | 4½ | 108,00 bzB |
| Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B. | 5 | 110,00 bzG |
| Kündb. Hyp.-Schuld. do. | 5 | 102,50 G |
| Hyp. Anth. Nord-G.-C.B. | 5 | 100,50 B |
| do. do. Pfandbr. | 5 | 100,25 bzG |
| Pomm. Hypoth.-Briefe | 5 | 107,00 G |
| do. do. II. Em. | 5 | 103,50 G |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 | 123,50 bzG |
| do. do. II. Em. | 5 | 121,25 B |
| do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110 | 5 | 108,25 B |
| do. 4½ do. do. m. 110 | 4½ | 103,90 bzG |
| Meininger Präm.-Pfd. | 4 | 120,90 bz |
| Pfbd d. Oest Bd.-Cr.-Ge. | 5 | 101,90 bz |
| Schles. Bodencr. Pfndbr. | 5 | 104,60 G |
| do. do. | 4½ | 104,60 G |
| Südd. Bod.-Cred.-Pfdb. | 5 | 104,10 G |
| do. do. | 4½ | 102,60 G |

### Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.) | 4⅕ | 66,60 bzB |
| do. (1/4. 1/10.) | | 66,60 bzB |
| do. Goldrente | 4 | 78,10 bz |
| do. Papierrente | 4⅕ | 64,40 bzB |
| do. 54er Präm.-Anl. | 4 | 115,00 B |
| do. Lott.-Anl. v. 60 | 5 | 123 90 bz |
| do. Credit-Loose | fr. | 332,50 G |
| do. 64er Loose | fr. | 316,00 bz |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 150,50 bzG |
| do. do. 1866 | 5 | 148,80 bzG |
| do. Orient-Anl. v. 1877 | 5 | 61,10 bz |
| do. II. do. v. 1878 | 5 | 61 40 bzB |
| do. III. do. v. 1879 | 5 | 61,10 bz |
| do. Engl. v. 1871 | 5 | 93,75 bzG |
| do. do. v. 1872 | 5 | 93,75 bzG |
| do. Anleihe 1877 | 5 | 96,90 bzB |
| do. do. 1880 | 4 | 76,50 bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfdbr. | 5 | 85,70 bzG |
| do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb. | 5 | 80,50 B |
| Russ.-Poln. Schatz-Obl. | 4 | 85,00 B |
| Poln. Pfndbr. III. Em. | 5 | 66,20 bzB |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | 4 | 57,40 bz |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | p.1.J.r. 99,75G |
| do. 5% Anleihe | 5 | 99,10 etbzG |
| Ital. 5% Anleihe | 5 | 89,60 bz |
| Raab-Grazer 100 Thlr. L. | 4 | 94,25 bzG |
| Rumänische Anleihe | 8 | — — |
| Rumän. Staats-Obligat. | 6 | 93,50 bz |
| Türkische Anleihe | fr. | 13,40 G |
| Ungar. Goldrente | 6 | 97,90 bz |
| do. Loose (M. p. St.) | fr. | 225,00 bz |
| Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl. | 5 | 92 25 bz |
| Finnische 10 Thlr.-Loose | | 51 60 G |
| Türken-Loose | | 40,75 B |

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg. Märk. Serie II. | 4½ | 102 80 bz |
| do. III. v. St. 3½ g. | 3½ | 92,40 G |
| do. do. VI. | 4½ | 103,80 G |
| do. Hess. Nordbahn | 4½ | 103,25 B |
| Berlin-Görlitz conv. | 4½ | 102,80 G |
| do. B. | 4½ | 101,90 bz |
| do. Lit. C. | 4½ | 101,75 bzG |
| Bresl.-Freib. Lit. D. EF. | 4½ | 103,00 G |
| do. do. G. | 4½ | 103,00 G |
| do. do. H. | 4½ | 103,00 G |
| do. do. J. | 4½ | 103 00 G |
| do. do. K. | 4½ | 103,10 G |
| do. von 1876 | 5 | 106,10 G |
| Breslau-Warschauer | 5 | 103,25 G |
| Cöln-Minden III. Lit. A. | 4 | 100,50 G |
| do. Lit. B. | 4½ | 102,75 G |
| do. IV. | 4 | 100,50 G |
| do. V. | 4 | 100 75 B |
| Halle-Sorau-Guben | 4½ | 103,90 B |
| Märkisch-Posener | 4½ | 103,00 B |
| Niederschles.-Märk. I. | 4 | 100,25 G |
| do. do. II. | 4 | 100,00 bzG |
| do. Obl. I. u. II. | 4 | 100,25 G |
| do. Obl. III. | 4 | — — |
| Oberschles. A. | 4 | 100,25 G |
| do. B. | 3½ | — — |
| do. C. | 4 | 100,25 G |
| do. D. | 4 | 100,25 G |
| do. E. | 3½ | 92,70 B |
| do. F. | 4½ | — — |
| do. G. | 4½ | — — |
| do. H. | 4½ | 103,75 B |
| do. von 1873 | 4 | 100,25 G |
| do. von 1874 | 4½ | — — |
| do. von 1879 | 4½ | 105,60 bzG |
| do. von 1880 | 4½ | 104,00 B |
| do. Brieg-Neisse | 4½ | — — |
| do. Cosel-Oderb | 5 | — — |
| do. Stargard-Posen | 4 | — — |
| do. do. II. Em. | 4½ | 102,50 G |
| do. do. III. Em. | 4½ | 102,50 G |
| do. Ndrschl. Zwgb. | 3½ | — — |
| Ostpreuss. Südbahn | 4½ | 102,50 G |
| Rechte-Oder-Ufer-B. | 4½ | — — |
| Schlesw. Eisenbahn | 4½ | 102,75 G |
| Charkow-Asow gar. | 5 | 98,10 bz |
| do. do. in Pfd. Sterl. | 5 | 95,00 bzB |
| Charkow-Kremen. gar. | 5 | 96,50 G |
| do. do. in Pfd. Sterl. | 5 | 94,90 bz |
| Rjäsan-Koslow gar. | 5 | 102,00 bzB |
| Dux-Bodenbach | 5 | 87,30 etbzB |
| do. II. Emission | 5 | 86,00 bzB |
| Prag-Dux | fr. | 63,50 bzG |
| Gal. Carl-Ludw.-Bahn | 5 | 89,80 bzG |
| do. do. neue | 5 | 88,70 bzG |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 82,25 bz |
| do. Gold-Prior. | 5 | 95,50 bzG |
| Ung. Nordostbahn | 5 | 75,25 bzB |
| Ung. Ostbahn | 5 | 74,40 bzG |
| Lemberg-Czernowitz | 5 | 81,20 bzG |
| do. do. II. | 5 | 86,00 bzG |
| do. do. III. | 5 | 81,80 bzG |
| do. do. IV. | 5 | 80 75 bz |
| Mährische Grenzbahn | 5 | 70,10 G |
| Mähr. Schl. Centralbahn | fr. | 34,30 bzG |
| Kronpr. Rudolf-Bahn | 5 | 84,70 bzG |
| Oesterr.-Französische | 3 | 379,50 G |
| do. do. II. | 3 | 375,50 G |
| do. südl. Staatsbahn | 3 | 281,25 bzG |
| do. neue | 3 | 281,60 bzG |
| do. Obligationen | 5 | 99,00 bzG |
| Rumän. Eisenb.-Oblig. | 6 | 100,70 bzG |
| Warschau-Wien II. | 5 | 103,80 G |
| do. III. | 5 | 103,60 bz |
| do. IV. | 5 | 102,40 G |
| do. V. | 5 | 102,40 bz |
| do. VI. | 5 | 102,70 B |

### Wechsel-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amsterdam 100 Fl. | 8 T. | 3 | 168,70 B |
| do do. | 2 M. | 3 | 168,15 bz |
| London 1 Lstr. | 8 T. | 3 | 20,495 bz |
| do. do. | 3 M | 3 | 20,375 bz |
| Paris 100 Frcs. | 8 T. | 3½ | 80,80 B |
| do. do. | 2 M | 3½ | 80,45 bz |
| Petersburg 100 SR. | 3 W | 6 | 212.65 bz |
| do. do. | 3 M. | 6 | 211,20 bz |
| Warschau 100 SR | 8 T. | 6 | 213,10 bz |
| Wien 100 Fl | 8 T | 4 | 174.00 bz |
| do do. | 2 M. | 4 | 173,15 bz |

Kurh. 40 Thaler-Loose 283,00 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 174,75 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 99.00 G
Oldenburger Loose 152,50 B

| | |
|---|---|
| Ducaten 9,60 bz | Dollar 4,23 G |
| Sover. — — | Oest. Bkn. 174,00 bz |
| Napoleon 16.17 bz | do. Silbergd. — — |
| Imperials 16,68 G | Russ. Bkn. 213,70 bz |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Divid. pro | 1879 | 1880 | | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht | ¾ | — | 4 | 35,10 bz |
| Berg.-Märkische | 4¼ | — | 4 | 113,75 bzG |
| Berlin-Anhalt | 5 | — | 4 | 118,75 bz |
| Berlin-Dresden | 0 | — | 4 | 17,30 bz |
| Berlin-Görlitz | 0 | — | 4 | 24,25 bz |
| Berlin-Hamburg | 12½ | — | 4 | 224,50 B |
| Berl-Potsd.-Magdb | 4 | — | 4 | — — |
| Berlin-Stettin | 4¾ | 4¾ | 4¾ | 117,50 bzG |
| Böhm. Westbahn | 6 | — | 5 | 110,70 bz |
| Bresl.-Freib. | 4¾ | — | 4 | 108,25 bz |
| Cöln-Minden | 6 | 6 | 3 | 150,75 bz |
| Dux-Bodenbach. B. | 0 | — | 4 | 108,40 bz |
| Gal. Carl-Ludw.-B. | 7,738 | — | 4 | 120,20 B |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | — | 4 | 25,10 bzG |
| Kaschau-Oderberg | 4 | — | 4 | 60,00 bzG |
| Kronpr. Rudolfb. | 5 | — | 5 | 71,00 bzG |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9 | 4 | 203,10 bz |
| Märk.-Posener | 0 | — | 4 | 29,50 bzB |
| Magdeb.-Halberst. | 6 | 6 | 6 | 150,80 bzG |
| Mainz-Ludwigsh. | 4 | — | 4 | 93 90 bz |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 100 40 B |
| Oberschl. A. C. D. E. | 9⅗ | — | 3½ | 196,10 bz |
| do. B. | 9⅗ | — | 3½ | 159,90 bz |
| Oesterr.-Fr. St.-B. | 6 | — | 4 | 512,50-513 |
| Oest. Nordwestb. | 4 | — | 5 | 343,00 bz |
| Oest. Südb. (Lomb.) | 0 | — | 4 | 190,00-91,50 |
| Ostpreuss. Südb. | 0 | — | 4 | 43,00 bz |
| Rechte-O.-U.-B. | 7 3/10 | — | 4 | 146,10 bzG |
| Reichenberg-Pard. | 4 | — | 4½ | 62,00 bzG |
| Rheinische | 7 | 6½ | 6½ | 163,00 bz |
| do. Lit. B. (4% gar.) | 4 | 4 | 4 | 100,25 [illegible] |
| Rhein-Nahe-Bahn | 0 | — | 4 | 13,90 bz |
| Rumän. Eisenbahn | 3⅗ | 3⅓ | 3⅓ | 62,60 bzG |
| Schweiz Westbahn | 0 | — | 4 | 36,50 bz |
| Stargard-Posener | 4½ | 4½ | 4½ | 103,00 bzG |
| Thüringer Lit. A. | 5½ | — | 4 | 172,60 bzB |
| Warschau-Wien | 11⅔ | — | 4 | 289,50 bz |
| Weimar-Gera | 4½ | — | 4½ | 51,50 bzB |

### Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berlin-Dresden | 0 | — | 5 | 51,25 bz |
| Berlin-Görlitzer | 3⅓ | — | 5 | 86.75 bzG |
| Breslau-Warschau | 0 | — | 5 | 48,00 G |
| Halle-Sorau-Gub. | 3½ | — | 5 | 98,00 bzG |
| Kohlfurt-Falkenb. | 0 | — | 5 | 50,25 bzG |
| Märkisch-Posener | 5 | — | 5 | 102,40 bzG |
| Magdeb.-Halberst. | 3½ | 3½ | 3½ | 89 25 bz |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 5 | 125,60 G |
| Marienburg-Mlawa | 5 | — | 5 | 90,25 bzG |
| Ostpr. Südbahn | 5 | — | 5 | 86,10 bz |
| Oels-Gnesen | 0 | — | 5 | 41,00 bzG |
| Posen-Kreuzburg | 2¾ | — | 5 | 70,25 bzG |
| Rechte-O.-U.-B. | 7 3/10 | — | 5 | 144,80 B |
| Rumänier | 8 | — | 8 | — — |
| Saal-Bahn | 0 | — | 5 | 64,00 B |
| Weimar-Gera | 0 | — | 5 | 37,50 bzG |

### Bank-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Allg. Deut.-Hand.-G | 4 | 6 | 4 | 86,00 bzB |
| Berl. Kassen-Ver. | 8 9/10 | 9 9/10 | 4 | 172,50 G |
| Berl. Handels-Ges. | 5 | 5½ | 4 | 100,90 bzG |
| Brl. Prd.-u. Hdls.-B. | 4⅓ | 4½ | 4 | 76,25 bzG |
| Braunschw. Bank | 4½ | 4⅔ | 4 | 92,70 B |
| Bresl. Disc.-Bank | 5½ | — | 4 | 95,90 bz |
| Bresl. Wechslerb. | 6 | — | 4 | 100,60 bzG |
| Coburg. Cred.-Bnk. | 5 | — | 4 | 87,50 bzB |
| Danziger Priv.-Bk. | 5 | 5½ | 4 | 110,25 G |
| Darmst. Creditbk. | 9½ | — | 4 | 147,00 bz |
| Darmst. Zettelbk. | 5⅙ | — | 4 | 106,50 bz |
| Dessauer Landesb. | 6½ | — | 4 | 118 25 G |
| Deutsche Bank | 9 | — | 4 | 149,70 bz |
| do. Reichsbank | 5 | — | 4½ | 146,50 bzG |
| do. Hyp.-B. Berl. | 6 | 5¼ | 4 | 91,60 bzG |
| Disc.-Comm.-Anth. | 10 | — | 4 | 176,00 bz |
| do. ult. | 10 | — | 4 | 174,75-76,00 |
| Genossensch.-Bnk. | 7 | 7¾ | 4 | 119,50 bzG |
| do. junge | 7 | — | 4 | — — |
| Goth. Grundcredb. | 5 | — | 4 | 93,00 bzG |
| do. junge | 5 | — | 4 | 93,80 bz |
| Hamb. Vereins-B. | 7 | 6⅔ | 4 | 122 00 B |
| Hannov. Bank | 4½ | 5½ | 4 | 105,10 G |
| Königsb. Ver.-Bnk. | 5 | — | 4 | 98,50 G |
| Lndw.-B. Kwilecki | 4⅔ | — | 4 | 74,00 G |
| Leipz. Cred.-Anst. | 10 | 9 | 4 | 147,00 bzG |
| Luxemburg. Bank | 10 | — | 4 | 137.00 bzB |
| Magdeburger do. | 5⅕ | 5⅘ | 4 | 114,50 G |
| Meininger do. | 0 | — | 4 | 97,00 bz |
| Nordd. Bank | 10 | 10 | 4 | 161.75 B |
| Nordd. Grundcr.-B. | 0 | — | 4 | 56,25 bzG |
| Oberlausitzer Bk. | 4⅔ | 5⅚ | 4 | 98,50 bzG |
| Oest. Cred.-Actien | 11¼ | — | 4 | 513,50-518,00 |
| Posener Pro.-Bank | 7 | — | 4 | 117,00 B |
| Pr. Bod.-Cr.-Act.-B. | 0 | 6⅙ | 4 | 99 50 bz |
| Pr. Cent.-Bod.-Crd. | 9½ | — | 4 | 126,00 bzG |
| Preuss. Immob.-B. | — | 7⅓ | 4 | 107.25 bzG |
| Sächs. Bank | 6 | 6⅙ | 4 | 120,00 G |
| Schl. Bank-Verein | 6 | — | 4 | 107,25 G |
| Wiener Unionsbk. | 6 | — | 4 | — — |

In Liquidation.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Centralb. f. Genoss. | — | — | fr. | 11,00 G |
| Thüringer Bank | — | — | fr. | 129,00 G |

### Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| D. Eisenbahnb.-G. | 0 | — | 4 | 7.00 bzG |
| Märk. Sch. Masch. G | 0 | — | 4 | 33 00 bzG |
| Nordd. Gummifab. | 1½ | — | 4 | 39 00 bzG |
| Pr. Hyp.-Vers.-Act. | 2 | 2½ | 4 | 89,50 bzG |
| Schles. Feuervers. | 22 | — | fr. | 1050 B |
| Bismarckhütte | 12 | — | 4 | 108,25 bzG |
| Donnersmarckhütt. | 1½ | — | 4 | 59,25 bzG |
| Dortm. Union | 0 | — | 4 | 12,00 G |
| do. St.-P. Lit. A. | 2 | — | 6 | 89 90 bz |
| Königs- u. Laurah. | 6½ | — | 4 | 115 25 bz |
| Lauchhammer | 0 | — | 4 | 33 75 B |
| Marienhütte | 4 | — | 4 | 73,00 B |
| Cons. Redenhütte | 8 | — | 4 | 132,75 B |
| do. Oblig. | 6 | 6 | 6 | 104,00 B |
| Schl. Kohlenwerke | — | — | 4 | c. 115,60 G |
| Schl. Zinkh.-Action | 5½ | — | 4 | — — |
| do. St.-Pr.-Act. | 5½ | — | 4½ | 104,00 G |
| do. Oblig. | 5 | 5 | 5 | 106,50 B |
| Oppeln. Portl. Cem | 4¼ | — | 4 | 68,50 G |
| Groschowitzer dto. | 4 | 6½ | 4 | 79,50 bzG |
| Tarnowitz. Bergb. | 0 | — | 4 | 70,00 bzG |
| Vorwärtshütte | 0 | — | 4 | 27,50 bzG |
| Bresl. E.-Wagenb. | 3⅓ | — | 4 | 87,50 bzB |
| do. ver. Oelfabr. | 7½ | — | 4 | 85,00 bzG |
| do. Strassenbahn | 6¼ | — | 4 | 125,75 etbzG |
| Erdm. Spinnerei | 0 | — | 4 | 32,75 G |
| Görlitz. Eisenb.-B. | 3 | — | 4 | 79,00 B |
| Hoffm's Wag.-Fabr | 2 | — | 4 | 53,50 G |
| O.-Schl. Eisenb.-B | 0 | — | 4 | 45,50 bzG |
| Schl. Leinenind. | 6 | — | 4 | 95,75 G |
| do. Porzellan | 2 | — | 4 | 29,75 bzG |
| Wilhelmsh. MA. | 0 | — | 4 | 35,50 bzG |

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

## Telegraphiſche Courſe und Börſen-Nachrichten.

(W.T.B.) **Paris**, 3. März, Abends. [Boulevard.] 3% Rente —. —. Neueſte Anleihe 1872 119, 95. Türken 13, 60. Neue Egyptier 364, —. Banque ottomane —, —. Italiener —, —. Chemins —, —. Oeſterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 98, 84. Spanier exter. 21⅝, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Ruſſen —, —. Türkenlooſe 52, 50. Türken 1873 —, —. Amortiſirbare —, —. Orient-Anleihe —. Pariſer Bank —. Steigend.

**Frankfurt a. M.**, 3. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Courſe.] Londoner Wechſel 20, 50. Pariſer Wechſel 80, 87. Wiener Wechſel 174, 20. Köln-Mindener-Stamm-Actien 150¾. Rheiniſche Stamm-Actien 162⅞. Heſſiſche Ludwigsbahn 93¾. Köln-Mind. Prämien-Anth. 132¼. Reichsanleihe 101⅜. Reichsbank 146½. Darmſtädter Bank 147⅜. Meininger Bank 96⅞. Oeſterr.-Ungariſche Bank 709, 75. Creditactien*) 257¾. Silberrente 65⅞. Papierrente 64. Goldrente 78. Ungariſche Goldrente 97⅞. 1860er Looſe 123⅝. 1864er Looſe 314, 80. Ungariſche Staatslooſe 225, 40. Ungar. Oſtbahn-Obligat. II. 88⅞. Böhmiſche Weſtbahn 220¾. Eliſabethbahn 177⅝. Nordweſtbahn 172. Galizier 240⅞. Franzoſen*) 256. Lombarden*) 94¾. Italiener — —. 1877er Ruſſen 94⅝. 1880er Ruſſen 76½. II. Orientanleihe 61⅝. III. Orientanleihe 61. Central-Pacific 112¼. Wiener Bankverein 109⅝. Kronpr. Rudolf —, —. Ungariſche Papierrente — —. Elbthal —. Lothringer Eiſenwerke — —. Privat-Discont — pCt. Spanier —. Feſt.

Nach Schluß der Börſe: Creditactien 259. Franzoſen 256¼. Galizier — —. Lombarden —. Ungar. Goldrente — —. 1880er Ruſſen — —. II. Orientanleihe — —. Oeſterr.-Ungar. Bank —.

*) per medio reſp. per ultimo.

**Hamburg**, 3. März, Nachm. [Schluß-Courſe.] Preuß. 4proc. Conſols 101, Hamburger St.-Pr.-A. 126, Silberrente 66⅛, Oeſt. Goldrente 77¾, Ung. Goldrente 97¾, Credit-Actien 258⅛, 1860er Looſe 123, Franzoſen 641, Lombarden 236, Ital. Rente 89, 1877er Ruſſen 93⅞, 1880er Ruſſen 75, II. Orient-Anl. 59, Laurahütte 114, Norddeutſche 161¾, 5% Amerik. 93½, Rhein. Eiſenbahn 162¾, do. junge 157, Berg.-Märk. do. 113¾, Berlin-Hamburg do. 224, Altona-Kiel do. 156½. Discont 1¾ %. Feſt.

**Hamburg**, 3. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine feſt. Roggen loco unverändert, auf Termine feſt. Weizen pr. April-Mai 209, 00 Br., 208, 00 Gd., pr. Juni-Juli 214, 00 Br., 213, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 190, 00 Br., 189, 00 Gd., pr. Mai-Juni 187, 00 Br., 186, 00 Gd. Hafer und Gerſte unverändert. Rüböl feſt, loco 56, 00, pr. Mai 55, 50. Spiritus feſt, per März 47, 75 Br., per April-Mai 47, 25 Br., per Mai-Juni 47, 00 Br., per Juni-Juli 47, 00 Br. Kaffee matt, Umſatz 1500 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 10 Br., 9, 00 Gd., per März 9, 05 Gd., per Auguſt-December 9, 40 Gd. Wetter: Froſt.

**Poſen**, 3. März. Spiritus pr. März 53, 60, pr. April 53, 80, pr. April-Mai 54, 10, pr. Juli 55, 60. Gek. — Liter. Feſt.

**Liverpool**, 3. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umſatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 3000 Ballen amerikaniſche. Middl. amerikaniſche April-Mai-Lieferung 6 15/32 D.

**Liverpool**, 3. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umſatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ſchwach. Middl. amerikaniſche Mai-Juni-Lieferung 6½ D.

**Liverpool**, 3. März, Nachm. Officielle Notirungen. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Definitiver Umſatz — B. Upland good ordinary 5 11/16, Upland low middling 6 3/16, Upland middling 6⅜, Mobile middl. 6⅜, Orleans good ordinär 5 13/16, Orleans low middl. 6¼, Orleans middl. 6 7/16, Orleans middl. fair 7¾, Pernam fair 6¾, Santos fair —, Bahia fair 6⅞, Maceio fair 6⅞, Maranham fair 7, Egyptian brown middl. 5½, Egyptian brown fair 7, Egyptian brown good fair 7⅜, Egypt. white middl. —, Egyptian white fair 7⅛, Egyptian white good fair 7⅝, Smyrna fair —, M. G. Broach fair —, Dhollerah middl. 3½, Dhollerah good middl. 4, Dhollerah middl. fair 4⅜, Dhollerah fair 4¾, Dhollerah good fair 5⅛, Dhollerah good 5 9/16, Domra fair 4¾, Domra good fair 5⅛, Domra good 5 9/16, Scinde fair 4⅜, Bengal fair 4⅜, Bengal good fair 4⅝, Madras Tinnevelly fair —, Madras Tinnevelly good fair 5⅞, Madras Weſtern fair 4 11/16, Madras Weſtern good fair 5⅛.

**Peſt**, 3. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco feine Sorten 5—10 höher, auf Termine ruhiger, pr. Frühjahr 11, 25 Gd., 11, 27 Br., pr. Herbſt 10, 30 Gd., 10, 35 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 35 Gd., 6, 40 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 92 Gd., 5, 95 Br. Kohlraps 12⅛. — Wetter: Trübe.

**Paris**, 3. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. März 28, 50, pr. April 28, 30, pr. Mai-Juni 28, 25, pr. Mai-Auguſt 27, 90. Roggen ruhig, per März 22, 25, pr. Mai-Auguſt 21, 50. Mehl behauptet, per März 61, 50, pr. April 61, 25, pr. Mai-Juni 60, 75, pr. Mai-Auguſt 60, 00. Rüböl behauptet, pr. März 72, 00, pr. April 72, 50, per Mai-Auguſt 74, 00, pr. September-December 75, 00. Spiritus feſt, pr. März 62, 00, pr. April 61, 50, pr. Mai-Auguſt 60, 00, pr. September-December —. — Wetter: Schön.

**Paris**, 3. März, Nachmittags. Rohzucker 88° loco ruhig, 57, 25 bis 57, 50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kgr. per März 67, 30, per April 67, 50, per Mai-Auguſt 67, 50, per September-December —.

**London**, 3. März, Nachm. Havannazucker Nr. 12 24. Ruhig.

**Antwerpen**, 3. März, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen feſt. Roggen unverändert. Hafer behauptet. Gerſte gefragt.

**Antwerpen**, 3. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 bez. und Br., per April 23 Br., per September-December 23½ Br. Ruhig.

**Bremen**, 3. März, Nachmittags. Petroleum unverändert. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 10 bez., per April 9, 10 Br., per Mai 9, 10 Br., per Auguſt-December 9, 70 Br.

**Wien**, 3. März. [Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn] (geſammtes Netz) betrugen in der Zeit vom 21. Februar bis 2. März 209,360 Fl., ergaben mithin gegen die entſprechende Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 26,247 Fl. Die Einnahmen des alten Netzes betrugen in der Zeit vom 21. Februar bis 2. März 171,651 Fl., ergaben mithin gegen die entſprechende Zeit des Vorjahres eine Mindereinnahme von 23,625 Fl.

**London**, 3. März. [Bankausweis.] Totalreſerve 16,830,000 Pfd. St., Notenumlauf 25,751,000 Pfd. St., Baarvorrath 27,582,000 Pfd. St., Portefeuille 23,049,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 25,701,000 Pfd. St., Guthaben des Staatsſchatzes 10,522,000 Pf. St., Notenreſerve 15,624,000 Pfd. St.

**Berlin**, 3. März. [Producten-Bericht.] Das Wetter hat einen ganz winterlichen Anſtrich. Nach einigem Schneefall in der Nacht haben wir leichten Froſt. Roggen wurde anfänglich ganz vernachläſſigt und die Stimmung war matt, als ſpäter jedoch einige Käufer für Sommermonate im Markte erſchienen, befeſtigte ſich die Haltung entſchieden und die Preiſe haben ſich alsdann auch etwas heben können. Dem Effectivgeſchäft iſt von dieſer Beſſerung nichts zugefallen; es blieb ſehr ſchwierig, Verwendung zu finden für die ſpärlichen Anerbietungen von Waare. — Roggenmehl ruhig und ohne Aenderung. — Weizen hat ſich kaum zu behaupten vermocht, weil Kaufluſt nur wenig eingetreten war. — Hafer loco blieb feſt. Termine ſind hingegen eher matt geweſen. — Rüböl bekundete feſte Haltung und es würde vielleicht heute mehr umgegangen ſein, wenn die Verkäufer entgegenkommender geweſen wären. — Petroleum ſtill. — Spiritus feſt und ein wenig höher einſetzend, ermattete, nachdem die Kaufluſt ſich bald als wenig nachhaltig documentirte. Geſtriger Preisſtand blieb gleichwohl behauptet.

Weizen loco 170—230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkiſcher — M. ab Bahn bez., ſtark defecter polniſcher — M. ab Bahn bez., do. klammer mit ſtarkem Geruch — M. ab Bahn bez., fein weiß polniſcher — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß uckermärkiſcher — Mark ab Bahn bez., per April-Mai 209½—210 Mark bez., per Mai-Juni 210½ Mark bez., per Juni-Juli 211½—212 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 190 bis 210 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländiſcher mit ſtarkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 198—205 Mark ab Bahn bez., fremder — Mark ab Bahn bez., ſtark defecter — M. ab Bahn bez., polniſcher mit etwas Geruch — Mark ab Kahn bez., klammer inländiſcher 190—197 Mark ab Bahn bez., fein. inländiſcher 206—208 M. ab Bahn und Boden bez., per März — M. bez., per April-Mai 199¾—200½—200¼ M. bez., per Mai-Juni 193¼—194—193½ M. bez., per Juni-Juli 186½ bis 186¾—186½ M. bez., per Juli-Auguſt 176½—176¾—176½ Mark bez., per September-October 170—170½—170¼ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Gerſte loco 145—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 150—170 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oſt- und weſt-preußiſcher 150—160 Mark bez., ruſſiſcher 152—158 Mark bez., pommerſcher, mecklenburgiſcher und uckermärkiſcher 157—161 Mark bez., ſchleſiſcher 157—160 Mark bez., böhm. 157—160 M. bez., fein weiß ruſſ. — Mark bez., neumärkiſcher — Mark bez., galiziſcher — M. ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburg. 162 bis 164 M. ab Bahn bez., per März — Mark bez., per April-Mai 152⅛ M. bez., per Mai — Mark Gd., per Mai-Juni 151¼—153 M. bez., per Juni-Juli 153¾—153⅛ M. bez., per Juli-Auguſt — M. bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbſen, Kochwaare 178—215 Mark, Futterwaare 162—177 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unverſteuert incl. Sack Nr. 00: 30,00—28,50 Mark, Nr. 0: 28,50—27,50 Mark, Nr. 0 und 1: 27,50 bis 26,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unverſteuert incl. Sack Nr. 0: 29,25—28,25 Mark bez., Nr. 0 und 1: 28,00—27,00 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 Sack: incl. per März 27,65 Mark bez., per März-April 27,50 M. bez., per April-Mai 27,40 Mark bez., per Mai-Juni 26,90 M. bez., per Juni-Juli 26,25 Mark bez., per Juli-Auguſt 25,25 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Mais loco 145—149 Mark nach Qualität gefordert, geringer neuer rumäniſcher 143 Mark ab Kahn bez., amerikaniſcher — Mark ab Kahn bez., neuer ungar. — M. ab Bahn bez., feiner weißer mecklenburg. — M. ab Bahn bez., per März 144½ M. bez., per April-Mai 131⅛ M. bez., per Mai-Juni 130 M. bez., per Juni-Juli 128½ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl 65 M. bez. — Rüböl loco pro 100 Kilo mit Faß 52,8 Mark bez., ohne Faß 52,5 M. bez., per März 52,9 M. bez., per März-April 52,9 M. bez., per April-Mai 52,9 M. bez., per Mai-Juni 53,4 M. bez., per Juni-Juli 53,9—54 M. bez., per Septbr.-Oct. 55,5 bis 55,6 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 28,2 M. bez., per März 27,8 Mark bez., per März-April 27,3 M. bez., per April-Mai 26,8 M. bez., per Mai-Juni — M. bez., per Septbr.-Octbr. 27,9 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M.

Spiritus loco ohne Faß 55,5—55,2 Mark bez., per März 55,7—55,6 Mark bez., per März-April 55,7—55,6 M. bez., per April-Mai 56,5 bis 56,2 M. bez., per Mai-Juni 56,6—56,3 M. bez., per Juni-Juli 57,2 bis 57,1 M. bez., per Juli-Auguſt 58,1—57,7 Mark bez., per Auguſt-September 58,2 bis 57,9 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

**Breslau**, 4. März, 9¾ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geſchäftsverkehr im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preiſe unverändert.

Weizen, zu notirten Preiſen gut verkäuflich, per 100 Kilogr. ſchleſiſcher weißer 18,90 bis 20,50—21,40 Mark, gelber 17,90—19,50 bis 20,40 Mark, feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei mäßigem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. 19,30 bis 20,00 bis 20,50 Mark, feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Gerſte in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Mark, weiße 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13,80—14,20—14,80 bis 15,20 Mark, feinſter über Notiz bezahlt.

Mais gut verkäuflich, per 100 Kilogr. 13,00—13,30—13,60 Mark.

Erbſen ohne Aenderung, per 100 Klgr. 17,50—18,50 bis 20,50 Mark, Victoria- 20,00—21,00—21,50 Mark.

Bohnen ſchwacher Umſatz, per 100 Kilogr. 18,50—,19,50—20,00 M.

Lupinen behauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,30—9,60—10,00 Mark, blaue 9,20—9,50—9,80 Mark.

Wicken ſchwach gefragt, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schlag-Leinſaat | 26 | — | 24 | 50 | 23 | — |
| Winterraps | 23 | 50 | 22 | 75 | 21 | 75 |
| Winterrübſen | 22 | 75 | 22 | — | 21 | 25 |
| Sommerrübſen | 23 | 50 | 22 | — | 21 | 25 |
| Leindotter | 22 | — | 21 | 50 | 21 | — |

Leinkuchen in ruhiger Haltung, per 50 Kilogr. 9,40—60 Mark, fremde 8,40—8,80 Mark.

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark, fremde 6,50—6,70 Mark.

Kleeſamen ſchwacher Umſatz, rother unverändert, per 50 Kilogr. 34—38 bis 40—45 Mark, hochfeiner über Notiz, — weißer ruhig, 38—50—60—68 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee behauptet, per 50 Kilogr. 32—40—45 Mark.

Thymothee preishaltend, per 50 Kilogr. 23—25—27 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25—30,75 Mark, Roggen fein 31,00—31,75 Mark, Hausbacken 29,75—30,75 Mark. Roggen-Futtermehl 11,00—12,00 Mark. Weizenkleie 9,25—9,75 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenſtroh 21,00—24,50 Mark per Schock à 600 Kilogr.

## Meteorologiſche Beobachtungen auf der königl. Univerſitäts-Sternwarte zu Breslau.

| März 3., 4. | Nachm. 2 U. | Abends 10 U. | Morgens 6 U. |
|---|---|---|---|
| Luftwärme | + 0°,1 | — 4°,6 | — 5°,1 |
| Luftdruck bei 0° (mm) | 757,0 | 756,7 | 754,8 |
| Dunſtdruck (mm) | 2,2 | 2,5 | 2,9 |
| Dunſtſättigung (pCt.) | 47 | 79 | 93 |
| Wind | NW. 2. | NW. 1. | NW. 2. |
| Wetter | wolkig. | wolkig. | trübe. |

**Waſſerſtand. Breslau**, 4. März. O.-P. 4 M. 88 Cm. U.-P. — M. — Cm.
3. März. O.-P. 4 M. 86 Cm. U.-P. — M. — Cm.
Eisſtand.

## Vermiſchtes.

[„Nix taitsch!“] Ueber eine Epiſode des Carnevalsfeſtes der Wiener Künſtler berichtet der Feuilletoniſt des „N. W. Tgblts.“: En Leichenzug mittendrein im überſchäumend-luſtigen Treiben der Carnevalsnacht — ein veritabler Leichenzug mit Sarg und Sargträgern, tief vermummten, in brennendes Roth gekleideten Geſtalten, die in feierlichem Schweigen mitten durch die luſtige Carnevalsmenſchheit ſchreiten: an ihrer Spitze ein Bannerträger und auf dem Banner ſteht geſchrieben: „Die deutſche Sprache“, dann der Sarg mit ſchwarz-roth-goldenem Bahrtuch und auf Sarg und Bahrtuch mit ſiegreich-ſtolzer Miene ein prächtiger, zweigeſchwänzter Löwe, und auf der Bruſt der Sargträger die bedeutungsvollen Inſchriften: „Nerozumime!“ „Nix taitsch!“ Ein harmloſer Carnevalsſcherz, gewiß, dieſes venezianiſch-czechiſche Leichenbegängniß der deutſchen Sprache, wie es da in der Faſching-Montagsnacht in der Lothringerſtraße abgehalten wurde — und doch dabei mit charakteriſtiſcher Schärfe die Eindrucksſtiefe gewiſſer Ereigniſſe und Situationen markirend, von welcher ſelbſt ein ſeiner ganzen Anlage nach der unpolitiſchſten Luſtigkeit gewidmetes Künſtlerfeſt ſich nicht freizuhalten vermag. Selbſt der allem Parteienſtreit entrückte Carnevals-Tanzboden wird ganz unwillkürlich — ſtellen- und momentweiſe zum mindeſten — zum Reſonanzboden des öffentlichen Gefühls. Und wie das Faſchingmontagsfeſt der Wiener Künſtler, wie ſich dieſe venezianiſche Carnevalsnacht unverſehens aus der ſonſt gewohnten Gſchnashaftigkeit zu einem ganz ernſtlichen Coſtümfeſt mit aller echten Pracht und allem echten Wirklichkeitsglanze eines ſolchen metamorphoſirt hat, ſo iſt's auch der Gſchnasepiſode des Leichenzuges ergangen — ſie hat einen ganz merkwürdig-ſeriöſen Wirklichkeits-Anflug erhalten.

[**Frau Hedwig Niemann-Raabe**] hat mit dem Director S. van Lier des „Grand Théâtre“ und der „Schauburg“ in Amſterdam einen Vertrag abgeſchloſſen, welcher die Künſtlerin zu einem zwanzigmaligen Gaſtſpiele für ſeine Bühnen verpflichtet! Die Bedingungen, welche derſelben zugeſtanden wurden, ſind glänzend. Das Gaſtſpiel beginnt Januar n. J. Nach Beendigung der Vorſtellungen in Amſterdam wird unter Leitung des Director van Lier die Tournée durch die holländiſchen Städte: Rotterdam, Haag, Utrecht, Arnheim, Leiden angetreten. In jeder dieſer Städte wird Frau Niemann-Raabe 4—5mal gaſtiren. Das Repertoire beſteht aus den Stücken: „Divorçons“ (Cyprienne), „Nora“, „Dora“, „Frou-Frou“, „Grille“, „Geſchwiſter“, „Hageſtolzen“, „Waiſe von Lowood“, „Anna Lieſe“ u. ſ. w.

## Stadt-Theater.

Freitag. 131. Abonnement. „Precioſa.“ Schauſpiel in 4 Acten von P. A. Wolff. Muſik von Carl Maria von Weber.

Sonnabend. 132. Abonnement. Erſtes Gaſtſpiel des k. k. Hofopernſängers Herrn Leonard Labatt vom Hofoperntheater in Wien: „Die Jüdin.“ Große Oper mit Tanz in 5 Acten v. Halevy. (Eleazar, Hr. L. Labatt.)


## Vacanz.

Für mein Specerei- u. Producten-Geſchäft ſuche ich per 1. April c. einen gut empfohlenen, polniſch ſprechenden, chriſtlichen [4505]

**Commis.**

Derſelbe muß in der Correſpondenz firm ſein und die einfache Buchführung verſtehen.

**H. Krebs, Gleiwitz.**



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.